Nummer 36 — Stuttgart, 3. September 1921 — 39. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Ufermann
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Auf zu ernster Arbeit

Wenn diese Zeitung in die Hände unserer Mitglieder kommt, werden sich die Delegierten zur diesjährigen Generalversammlung zur Abreise nach Jena rüsten. Schwere und arbeitsreiche Tage sind es, die ihnen bevorstehen und alle Welt wird auf die Tagung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes — der größten Gewerkschaft der Welt — blicken.

Dieses Parlament der deutschen Metallarbeiter ist schon monatelang Gegenstand der öffentlichen Diskussion; die Presse aller Richtungen beschäftigte sich mit ihm. In diesem öffentlichen Interesse spiegelt sich der Wert einer gewerkschaftlichen Organisation wieder. Wie könnte es auch anders sein! Eine Millionenorganisation wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist ein Faktor des Wirtschaftslebens, mit dem gerechnet werden muß, dessen Tagungen sind für das nationale wie das internationale Leben ein Ereignis. Zumal unser Verband eine Industrie vertritt, die in hohem Maße berufen ist, zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft beizutragen; die verlorenen Absatzmärkte im Ausland durch Qualitätsarbeit zurückzuerobern und die in nicht geringem Umfange herangezogen werden soll, das Reparationsproblem zu erfüllen. Aus diesen Gründen werden die Verhandlungen des Verbandstages von den Vertretern der Wirtschaft eifrig verfolgt. Daraus muß für uns die Schlußfolgerung gezogen werden, die Verhandlungen auf sachlicher Höhe so zu gestalten, daß für jeden — Freund und Feind — ein imponierender Eindruck von Macht und Stärke zurückbleibt.

Unser Verband war diejenige Gewerkschaft, in der sich die politische Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse am klarsten und prägnantesten durch innere Meinungskämpfe wiederspiegelte. Wenn schon die Metallarbeiter als Vortrupp des deutschen sozialistischen Proletariats angesprochen werden können, so war es auch deren Organisation, in welcher die politischen Meinungskämpfe am härtesten ausgekämpft wurden. Für eine politische Richtung des Proletariats ist es nicht unwesentlich, den maßgebenden Einfluß in einer solch großen Gewerkschaft ausüben zu können. Die kommunistischen Kollegen machten im Laufe der Zeit die verzweifeltsten Anstrengungen, den Organisationsapparat des D.M.-V. in die Hände zu bekommen. Die neuen Organisationsmethoden, wie selbständige Betriebsräteorganisation usw. sollten in erster Linie beim Metallarbeiter-Verband erprobt werden. Rückschauend kann man wohl mit ziemlicher Bestimmtheit feststellen, daß all dieser Spuk sich in Dunst aufgelöst hat und nichts zurückgeblieben ist wie unangenehme Erinnerungen. Der Verband hat sich im wesentlichen nach dieser Richtung konsolidiert. Doch zeigen die Wahlen ein anderes Bild wie der letzte Verbandstag in Stuttgart. Die Mehrheit des Verbandstages ist diesmal in anderen Händen. Es erhebt sich nun die Frage, ob dieser Mehrheitswechsel Erschütterungen der Organisation mit sich bringen wird. Wir hegen diese Befürchtung nicht.

Die Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung haben sich verhältnismäßig schnell abgeklärt. Die Unterschiede der beiden sozialdemokratischen Parteien sind merklich klein geworden. Und wenn man sich die noch bestehenden Differenzen zwischen ihnen ganz genau ansieht und sie ihres Schlagwortcharakters entkleidet, kommt man zu der Überzeugung, daß es eigentlich in der Hauptsache nur noch Personenfragen sind, die einer schnellen Wiedervereinigung im Wege stehen. Denn erinnert man sich der Parteitage der Vorkriegszeit, zum Beispiel Dresden, Magdeburg oder Mannheim, so waren die dort ausgetragenen Differenzen in der Theorie sowohl wie in der Einstellung des Tageskampfes nicht viel kleiner als die jetzt noch bestehenden zwischen S.P.D. und U.S.P.D. Analog dieser Entwicklung bestehen wenig Befürchtungen, daß der verflossene Streit noch einmal in voller Stärke aufleben wird. Die praktische Gewerkschaftsarbeit ist der natürliche Mutterboden der Einigung, denn hier ist Rhodus, hier muß gesprungen werden. Die heißesten Wünsche tausender Metallarbeiter begleiten die Delegierten nach der Generalversammlung in der bestimmtesten Hoffnung, daß endlich einmal eine Basis geschaffen werden möge, die ein inniges Zusammenarbeiten der beiden sozialdemokratischen Parteirichtungen auf gewerkschaftlicher Grundlage ohne tiefgehende politische Auseinandersetzungen möglich macht. Mögen diese Wünsche vieler Kollegen in Jena in Erfüllung gehen.

Der kommende Verbandstag tagt in einer Zeit der Hochkonjunktur gewerkschaftlicher Kämpfe. Die Teuerungswelle steigt immer stärker und höher, immer tiefer wird die materielle Existenz der arbeitenden Klasse gedrückt. Fast alle Tarifverträge sind gekündigt, Zehntausende von Verbandsmitgliedern stehen bereits im Streik. Die Finanzen des Verbandes sind in starker Weise in Anspruch genommen. Doch noch stehen wir in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, erst am Anfang der Entwicklung. Die am wirtschaftlichen Horizont sich auftürmenden Gewitterwolken zeigen erst die kommenden Kämpfe an. Zur Zeit des Verbandstages wird man schon etwas genauer die Gefechtslage überschauen können. Diese Situation wird eine leichtere Annahme des Antrages des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge bewirken. Die Beiträge müssen bestimmt um mindestens 1 Mk. pro Woche erhöht werden, soll der Verband nicht in den Stürmen des Kampfes zusammenbrechen. Vielleicht ist einmal in Jena Gelegenheit gegeben, den gewählten Delegierten vor Augen zu führen, wie relativ gering die finanzielle Leistung der Mitglieder für ihre Organisation ist. Wenn das Verhältnis der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden sollte, daß durchschnittlich ein Stundenlohn als Beitragsleistung gilt, dann müßte der Beitrag mindestens auf 6,50 bis 7,— Mk. pro Woche und Mitglied gesetzt werden. Die Erhöhung der Beiträge ist auch deshalb notwendig, weil die Unterstützungssätze bei Streiks und Aussperrungen viel zu niedrig sind. Ein Satz von 15 Mk. pro Tag aus der Hauptkasse ist das Mindeste, was der Verbandstag beschließen muß, um ein Durchhalten der kämpfenden Kollegen überhaupt möglich zu machen. Auch die übrigen Unterstützungssätze entsprechen nicht mehr den Verhältnissen und müssen erhöht werden. Zu alledem gehört aber Geld, Geld und nochmals Geld. Die einzige Möglichkeit, dies zu beschaffen, ist eine Erhöhung der Beiträge.

Eine Epoche der Konzentration des Kapitals durchleben wir jetzt. Die Unternehmungen der Metallindustrie waren in der Hauptsache die Objekte der Fusionen und Verschmelzungen. Quader auf Quader wurde getürmt, um die riesenhaften Pyramiden der vertikalen Trusts entstehen zu lassen. Diese Periode scheint noch keineswegs abgeschlossen zu sein, denn schon meldet man Fusionspläne, die die Vereinigung von Phönix, Rheinstahl und Gutehoffnungshütte zum Ziel haben. Entspricht diese Meldung den Tatsachen, dann ist ein neuer Koloß entstanden, welcher von der Urproduktion ausgehend ungeheure Gebiete der Produktion beherrscht und gewaltige Kapitalsmassen kontrolliert. Das Ende dieser Entwicklung ist also keineswegs vorauszusehen. Aber eins ist schon klar erkennbar: Der natürliche Gegner des Verbandes, die Unternehmungen in der Metallindustrie, ist ein anderer geworden. Der Einzelunternehmer hat als Machtfaktor ausgespielt. An Stelle der vielen Unternehmungen sind an die 20 Konzerne getreten, die noch untereinander durch die mannigfaltigsten Fäden und vor allem durch die gewerkschaftlichen Kampfverbände der Unternehmer, die Arbeitgeberverbände verbunden sind. So sieht die Situation aus! Es hieße Eulen nach Athen tragen, hier noch einmal auszuführen, welche Konsequenzen für unsere Organisation daraus gezogen werden müssen. Der Verbandstag muß jedem, vor allem dem kriegslüsternen Unternehmertum als ein Wahrzeichen kommender Einigkeit und Geschlossenheit erscheinen. Gegen die Trusts der Unternehmer ein Trust der Metallarbeiter, das muß die Parole des Verbandstages sein.

Wünsche und Hoffnungen begleiten die Delegierten zum Verbandstag. Unsere Feinde der verschiedensten Art wünschen, daß der Verbandstag in Jena sich in kleinlichem Gezänk verlieren möge. Schon freuen sie sich auf Vorkommnisse, die das Schiff der Organisation zum Stranden bringen. Tun wir ihnen nicht den Gefallen, sondern zeigen wir aller Welt, daß der Metallarbeiter-Verband der Fels ist, auf dem die Kirche der Zukunft für die Metallarbeiter gebaut werden soll. **Deshalb auf zu ernster Arbeit!**

Zur Lage der englischen Wirtschaft

Von Dr. Norbert Einstein

Die Lage der englischen Wirtschaft ist für die Gestaltung der Weltmarktverhältnisse von großer Bedeutung. Nicht nur hinsichtlich des bedeutungsvollen Einflusses, den das englische Empirium politisch in der Welt hat, sondern vielmehr in bezug auf die Wirkung, die die englische Wirtschaftskrise auf die Gestaltung der westeuropäischen Verhältnisse ausübt. Diese Krise wird in der Hauptsache verursacht durch die trostlosen Verhältnisse Westeuropas, das infolge der Gestaltung seiner Währungs- und Geldverhältnisse als Großabnehmer für die englische Wirtschaft vorläufig nicht in Betracht kommt. Aber Westeuropa hatte vor dem Kriege für England eine große Bedeutung, weil 36 Prozent der gesamten englischen Ausfuhr, und wenn man Rußland, Österreich-Ungarn und die Schweiz einbezieht, 41 Prozent der gesamten Ausfuhr nach Westeuropa ging. Wie sich die Verhältnisse auf dem Weltmarkt hinsichtlich des prozentualen Anteils der einzelnen Länder am Welthandel entwickelt haben, zeigt folgende Übersicht:

	1900	1905	1910
Deutschland	12,1	12,0	12,0
Frankreich	10,0	8,8	9,4
Großbritannien	19,5	17,6	16,9
Vereinigte Staaten	10,3	9,8	9,5

Der prozentuale Anteil Englands ist also vor dem Krieg zurückgegangen, aber nicht wegen der ungestümen deutschen Konkurrenz, sondern weil andere Märkte sich der Wirtschaft erschlossen haben und weil die Kapitalisierung der Welt große Fortschritte gemacht hatte. Und die Bedeutung Englands (damit versucht man die Kriegsursache zu erklären) in wirtschaftlicher Beziehung ist nicht zurückgegangen, denn den Rückgang an Warenausfuhr hat es ausgeglichen durch die riesenhaften Geldinteressen in den neuerschlossenen wirtschaftlichen Ländern.

Seit Kriegsende haben sich diese Zahlen folgendermaßen verändert:

	1913 v. H.	1920 v. H.
Großbritannien	14,3	6,4
Frankreich	7,8	3,4
Vereinigte Staaten	7,1	7,2

Für Deutschland fehlt in der Öffentlichkeit eine genaue Exportstatistik. Dagegen liegen Zahlen über die Ausfuhrbeträge Deutschlands vor, und zwar für das Jahr 1920. Die Rechnung betrifft die Zahl in Millionen Mark:

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
5126	4128	4096	5209	6362	5665	6154	6028	6418	6494

Eine Veränderung ist für die Stellung Englands zu Deutschland erfolgt: daß England vor der Konkurrenz der deutschen Industrie keine Angst zu haben braucht. Dagegen sind für die englische Industrie zwei neue Konkurrenten entstanden: die Vereinigten Staaten und Frankreich. Die französische Konkurrenz tritt nicht so ausschlaggebend in die Erscheinung, aber an einigen wichtigen Wirtschaftszweigen, zum Beispiel in der Gestaltung der Kohlenwirtschaft, tritt die französische Konkurrenz störend in den Weg. In viel stärkerem Maße ist für England natürlich die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Bedeutung. Es ist eine direkte Folge des Krieges, daß die amerikanische Industrie sich ungeheuer technisch und ökonomisch ausgeweitet hat. Es ist für diese Industrie eine Lebensfrage, die Produktionsziffern zu erhalten. Und da für die amerikanische Fabrikation nach dem Kriege manche europäischen Märkte nicht mehr so ertragreich sind, muß es auf der Suche nach neuen Märkten sein. Dabei wendet es sich naturgemäß nach dem pazifischen Ozean, eben dorthin, wo die größte Sehnsucht der englischen Exportindustrie liegt.

Im übrigen hat sich nach Kriegsabschluß beim englischen Kapital die Sehnsucht gezeigt, die reglementierenden Eingriffe der Kriegswirtschaft zu überwinden.

Die schwierige wirtschaftliche Lage hat die Bankiers und Kaufleute veranlaßt, von der Regierung die Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu fordern, die zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dienen sollen. Vor einiger Zeit haben die führenden Bankleute Großbritanniens eine Resolution beschlossen, die folgende Wünsche für die nationale und internationale Wirtschaftspolitik der Regierung ausspricht: Die Produktion und der freie Handel sollen durch keine Eingriffe der Gesetzgebung oder Verwaltung behindert werden, die Ausgaben des Staats müssen vermindert werden und man muß bedenken, daß jede Beschränkung der Einfuhr auch eine Beschränkung des Exports zur Folge hat. Nun hat die Nationale Vereinigung der Kaufleute und Fabrikanten einen Aufruf erlassen — er fand in kurzer Zeit 800 Unterschriften führender Persönlichkeiten —, der sich dem Manifest der Bankiers anschließt. Dreierlei sei am dringlichsten: Sofortige drastische Beschneidung der Ausgaben, Befreiung des Handels und der Industrie von den Fesseln, die der Krieg mit sich brachte, Parlament und Regierung sollen sich nicht in den Handel einmischen. Im übrigen sparen, mehr verdienen, weniger ausgeben.

Wenn man einen Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands im ersten Halbjahr 1921 wirft, so versteht man diese Sorgen. Betrachtet man die Verhältnisse im überseeischen Handel, so sieht man vor der Tatsache, daß Import und Export zurückgegangen sind. Im ganzen Quartal April bis Juni war der Exportwert nur wenig größer als im Juli letzten Jahres. Der Export leidet am meisten Not durch die geringe Kaufkraft Europas und des Ostens und durch die Zollbestimmungen einzelner Länder, vor allem Amerikas. Der Wert des britischen Exporthandels hat während des letzten Jahres folgende Entwicklung durchgemacht:

1920	Einfuhr (in Mill. Pf.)	Ausfuhr (in Mill. Pf.)	Einfuhrüberschuß
Juni	170	136	34
Juli	163	155	8
August	153	128	25
September	153	131	22
Oktober	149	128	21
November	144	132	12
Dezember	148	109	34
Summe II. Halbj.	1075	919	156

1921	Einfuhr (in Mill. Pf.)	Ausfuhr (in Mill. Pf.)	Einfuhrüberschuß
Januar	117	103	14
Februar	97	76	21
März	94	76	18
April	90	68	22
Mai	86	50	36
Juni	88	45	43
Juli	81	58	23

Nach dem scharfen Zurückgehen der Ausfuhr infolge des Bergarbeiterstreiks in den vorhergegangenen Monaten, zeigt die Julizifer der englischen Außenhandelsstatistik gegenüber dem Juni eine Steigerung der Ausfuhr um 7,29 Millionen Pfund Sterling, während die Einfuhr um 7,49 Millionen zurückgegangen ist. Der Einfuhrüberschuß ist demnach im Juli auf 28,45 Millionen Pfund Sterling gegen 43 Millionen vermindert. Unter dem Rückgang des Kohlentransports hatte vor allem die Schiffahrt zu leiden. Während im Durchschnitt von 1913 pro Quartal 12,76 Millionen Tonnen Schiffe (mit Ladung) in britischen Häfen einliefen und 16,95 beladen ausfuhren, lauten die Ziffern für das erste Quartal 1921: 8,33 (einlaufend) und 8,17 (auslaufend) und für das zweite Quartal: 9,02 und 5,54. Das hat sich seit Ende des Streiks geändert, aber ist nicht behoben. Die Schiffe warten auf Arbeit, mit ihnen die Hafenarbeiter, die Eisenbahnen, die Versicherungen, die Banken, die Großhändler, die Kleinhändler, die Werften, die Fabriken, die ganze Wirtschaft wird davon betroffen.

Die merkwürdigste und für die deutschen Verhältnisse besonders interessante Tatsache ist die Gestaltung des Preisniveaus. Gegenüber Mai 1920 ist nach einer Berechnung des „Board of Trade Journal" und nach Angaben der „Financial Times" das Preisniveau im Dezember 1920 um 25 und im Juni 1921 um 40 Prozent gesunken. Diese Preise beziehen sich auf den Großhandel. Wenn 1913 gleich 100 gesetzt ist, so steht die Ziffer heute bei 201,8 oder: die heutigen Großhandelspreise betragen doppelt soviel als die Friedenspreise (unser Großhandelsindex beträgt zirka 14mal soviel als der Friedenspreis). Eisen und Stahl sind am teuersten geblieben. Zur Beurteilung der Preisbewegung gibt die folgende Zusammenstellung eine Übersicht:

	Indexnummer Juni 1921	Prozentsatz des Falls Dez. 1920/Juni 1921	Prozentsatz des Falls vom Höchststand
Lebensmittel	211,6	21	25 (seit Okt. 1920)
Eisen und Stahl	240,4	37	46 („ Juni 1920)
Und. Metall u. Min.	188,8	20	29 („ Sept. 1920)
Baumwolle	179,9	80	71 („ April 1920)
Andere Textilien	161,8	32	64 („ März 1920)

Für die englische Wirtschaft waren die Produktionsziffern von Eisen und Stahl von jeher von großer Bedeutung. Man kann daher ermessen, was es für die englische Wirtschaft bedeutet, wenn die Produktion im ersten Halbjahr 1921 1,565 Millionen Tonnen Eisen und 1,412 Millionen Tonnen Stahl betrug, während 1920 (wo nahezu die Vorkriegsziffer erreicht wurde) die Vergleichswerte 4,145 und 4,877 Millionen Tonnen betrugen. Diese Zahlen werden teilweise — aber nicht ausschlaggebend — beeinflußt durch den Streik. Daß das Ende des Streiks normale Verhältnisse nicht herbeiführen konnte, zeigt die folgende Übersicht, die beweist, daß nicht alle Anlagen voll beschäftigt sind. Ende Juli waren 15 Hochöfen im Betrieb, gegen 109 vor dem Kohlenstreik und 299 im Juli des vergangenen Jahres. Im Juli 1920 wurden 789 000, im Juli dieses Jahres 117 200 Tonnen Stahlingots und Stahlformguß produziert:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Roheisen	642 000	464 000	386 000	60 000	14 000	800	10 200
Stahl	493 000	484 000	359 000	70 000	6 000	1 900	117 200

Daß dieser Produktionsrückgang aber mit der Weltmarktlage und nicht mit der besonderen Gestaltung der nationalen Märkte allein erklärt werden kann, wird durch die Tatsache bestätigt, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Juniproduktion um rund zwei Drittel kleiner war als im Juni des Vorjahres.

Man sucht in England natürlich nach Erklärungen für die bedrohlichen Zustände für die Wirtschaft. Einer der Hauptgründe ist die geringe Kaufkraft der mitteleuropäischen und östlichen Länder. Daneben gibt es aber andere. Die Dominions, die Kolonien, sind keine so guten Abnehmer mehr, weil sie selbst erzeugen. In Neusüdwales wurden 1919 bereits 252 000 Tonnen Roheisen produziert. Man beginnt auch in England auf die Zeiten zu warten, wo die weltwirtschaftliche Bindung wieder vorhanden ist und die verschiedenen Währungsverhältnisse ein Daniederliegen der Wirtschaft nicht mehr bedingen. Man rechnet in England auf den in normalen Zeiten wieder auftretenden Hunger nach Eisen, der schon allein durch die Verwüstung des Eisenbahnmaterials in allen Ländern gegeben sei.

Diese Wiederherstellung weltwirtschaftlicher Beziehungen aber ist nicht zuletzt abhängig von der Lage der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern und von ihrer Fähigkeit, ihre Interessen in den einzelnen Ländern durchzusetzen.

Vor schweren Kämpfen

Von Franz Metz (Frankfurt a. M.)

Die Verelendung großer Schichten des schaffenden Volkes macht weitere Fortschritte. Eine Welt voll Jammer und Herzeleid liegt in dieser Feststellung, die bei gründlicher Beobachtung jeder machen kann, der in Arbeiterkreisen und deren Familien verkehrt. Zerschlissen und aufgebraucht sind die letzten Bestände an Wäsche und Kleidung aus „besseren Tagen“ und tief ernst, aber auch entschlossen zugleich stimmt uns der Anblick unterernährter Kinder. Der letzte Pfennig des Verdienstes ging bereits darauf und nur mit Ach und Krach war es möglich, notdürftig die armselige Existenz zu fristen. Die von der Hand- und Kopfarbeit lebende Klasse sieht den kommenden Monaten mit der größten Sorge entgegen. Eine gewaltige Brot- und Mehlpreiserhöhung ist in Kraft getreten und es ist mit einer weiteren Verteuerung für Gemüse, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fett, Eier, Milch, Kohlen, Gas usw. bestimmt zu rechnen. Die Fahrpreise wurden erhöht, die Hausagrarier rüsten sich aufs neue und äußerst hart werden wir demnächst den Druck der Steuerpolitik zu spüren bekommen. Hier rechtzeitig und mit allem Nachdruck helfend einzugreifen, um die arbeitenden Massen wenigstens vor der äußersten Not zu schützen, ist Pflicht und Aufgabe von Partei und Gewerkschaft.

Die bürgerlichen Parteien haben unter Führung des dem Zentrum angehörenden Reichsernährungsministers Hermes die Sperrung der Reichszuschüsse für den Ankauf von Auslandsgetreide beschlossen und rücksichtslos die teilweise Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft durchgesetzt. Diese Lockerung der Zwangswirtschaft hat nun zur Folge, daß von den zirka 6 Millionen Tonnen Getreide, die abgeliefert werden könnten, mindestens 3½ Millionen Tonnen den Landwirten zur freien Verfügung zugeschanzt werden. Das besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß im Zeichen allgemeiner Brotverteuerung und Lebensmittelknappheit mit einer solchen „Regelung“ ein ausgezeichnetes Objekt auch für manche Schieber geschaffen wurde, vorzüglich geeignet, die ärmsten Massen des Volkes um weitere Milliarden zu begaunern.

Die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien haben durch ihr Vorgehen die Brotverteuerung bewirkt und damit zugleich neues Elend hervorgerufen. Eine dem Volke wirklich verantwortliche Regierung müßte sich der Tragweite einer solchen Handlung vollauf bewußt sein, und wenn es ihr schon nicht gelingt, jenes Maß von Kraft aufzubringen, um derartige, in ihren Auswirkungen volksfeindliche Maßnahmen von vornherein zu unterbinden, entweder in Dreiteufelsnamen zurückzutreten oder aber durch rasches Handeln dafür zu sorgen, daß die werktätige Bevölkerung auch das teure Brot kaufen kann. Bisher hat die Regierung weder das eine noch das andere getan. Unsere Selbsthilfe hat in Kraft zu treten. Der Reichstag muß sofort einberufen werden. Millionen im Lande warten darauf, daß der Regierung mit aller Deutlichkeit gesagt wird, daß das Volk eine weitere Einschränkung in seiner Lebenshaltung nicht ertragen kann und daß es zur Selbsthilfe schreitet, wenn nicht unverzüglich durch Lohn- und Gehaltserhöhung ein vernünftiger Ausgleich geschaffen wird.

Die freien Gewerkschaften werden dem ungeheuren Arbeitsanfall, der besonders jetzt an sie herantritt, Herr zu werden suchen. Im ganzen Reich sind bereits die Lohnkämpfe im Gange oder in der Einleitung begriffen. Ob diese gewaltige Bewegung sich ohne größere Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens erledigen lassen wird oder nicht, hängt lediglich von dem hier nötigen Verständnis und dem sozialen Weitblick der Vertreter unserer Industrie und den Repräsentanten des Großkapitals ab.

Die in Gewerkschaftskreisen in den letzten Tagen gerade hierbei gemachten Erfahrungen sind jedoch keineswegs geeignet, der Zukunft gelassen entgegenzusehen, sondern es liegt vielmehr für die Arbeiterschaft dringende Veranlassung vor, sich nach wie vor kampfbereit zu halten und auf dem Posten zu sein. Mit der Behauptung, der Arbeitgeber sei am Ende seiner Leistung in bezug auf Lohn- oder Gehaltserhöhung angelangt, ist der unbemittelten Bevölkerung absolut nicht gedient. Auch hat sie kein Verständnis für Vorschläge, die dahin gehen, den Verheirateten eine Lohnaufbesserung zu geben unter der Voraussetzung, daß sich die ledigen Arbeiter einen entsprechenden Abzug gefallen lassen. Also zur Not auch noch die Verhöhnung. Glänzende Zeiten hat die Industrie und Bankwelt hinter sich. Man lese die letzten Nummern der Metallarbeiter-Zeitung nach. Festgestellt soll hier nur werden, daß in Stunden großer Not und allgemeiner Teuerung ein Teil der Industriegewaltigen es fertig bringt, die wirtschaftlich Schwächeren rücksichtslos abzufertigen und in den Kampf zu treiben. Untätig und gelassen sieht dabei die satte Bourgeoisie dem Schauspiel zu. Ja, man geht noch weiter und bestreitet eine nennenswerte Verteuerung überhaupt, und dies alles trotz der Tatsache, daß bei den Ermittlungen der Großhandelspreise von 77 Waren eine Preissteigerung um das 17fache gegenüber der Vorkriegszeit festgestellt wurde. (Frankf. Ztg. 1. Morgenbl. v. 7. August.)

Die Reichsbank zahlt zurzeit für ein Zehnmarkstück 170 ℳ, also nach das 17fache, und ist durch diese Bewertung der Goldmark unwiderleglich die schwache Kaufkraft unserer Papiermark zum Ausdruck gebracht. Wir sind also von Weltmarktpreisen von manchen Artikeln nicht mehr allzuweit entfernt, und damit vergleiche man die jetzigen Tariflöhne der Arbeiter und die Gehälter der Festbesoldeten.

Aber auch die Preise im Kleinhandel sind dauernd im Steigen begriffen. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt über die Angaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete berechnet wird, stieg im Juli ganz wesentlich und beträgt 963, während sie im Vormonat 896 betrug und im Januar, dem bisher teuersten Monat, 924 erreichte. Solche Feststellungen versucht man nun vielfach bei Lohnverhandlungen seitens der Arbeitgeber mit nichtssagenden Worten oder geringschätzender Handbewegung abzutun, und doch sollte niemand diesen Gradmesser unseres gegenwärtigen Elends unberücksichtigt lassen.

Die Arbeiterklasse selbst spürt ja von Tag zu Tag in immer drückenderer Weise die praktischen Wirkungen dieser theoretischen Feststellungen am eigenen Körper. Ihr ist deshalb der Weg auch klar vorgezeichnet: mit voller Kraft hat sie ihre ganze Tätigkeit auf fruchtbringende proletarische Gegenwartsarbeit einzustellen und rücksichtslos den Kampf gegen jede Verschlechterung der Daseinsbedingungen des Proletariats zu führen.

Bei dieser Kampftätigkeit sind wir uns vollauf bewußt, daß wir nicht alle Not beseitigen können, sondern daß es sich nur darum dreht, die Massen einigermaßen vor Hunger und völliger Verlumpung zu bewahren. Wir sind als Sozialdemokraten vielmehr von der wissenschaftlichen Erkenntnis des Sozialismus durchdrungen, die uns lehrt, daß eine endgültige Beseitigung von Not und Massenelend nur dann erreicht wird, wenn es uns gelingt, die politische Staatsgewalt zu erobern und an die Stelle der planlosen kapitalistischen Profitwirtschaft die planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft zu setzen.

Wenn die Könige baun . . . .!

Von Wilh. Häusgen (Dortmund)

Wenn die Könige baun, haben nach einem Schillerwort „die Kärrner zu tun“: Bei dem großen Aufräumen nach dem Zusammenbruch des „alten Regiments“ und bei den Arbeiten zum Neuaufbau haben die modernen Arbeiterorganisationen eine gewaltige Arbeit zu leisten. Und da ergibt sich, daß leider immer noch etwelche Gruppen von Arbeitern vorerst nicht klar erkennen, wohin sie gehören und wo ihr Platz ist. So können sich denn auch die Zentrumschristen die kleine Freude machen, noch einen zahlenmäßigen Fortschritt der christlichen Gewerkschaften auszuschreien. Wenn die Könige baun, haben die Kärrner zu tun, und wo irgend ein großer Betrieb sich aufmacht, hält sich in seinem Schatten gelegentlich auch ein kleiner Krauter, der dann zuweilen auch für etwas Humor sorgt, wenn er sich furchtbar „unabhängig“ gebärdet und just so tut, als habe er „die Welt im Sack“.

So gebärden sich auch die großen Trompeten der Zentrumschristen, indem bei der gesellschaftlichen Umgruppierung zunächst einige Brosamen für ihre Seite mit abfallen, als sei damit erwiesen, daß in ihrer saft- und kraftlosen, unselbständigen „Politik“ das Heil der Welt begründet. Tatsächlich sind die „christlichen“ Gewerkschaften vom Geschick ja nur dazu bestimmt, eine verhältnismäßig kleine Schicht von Arbeitern, die der unmittelbaren Einwirkung der freien Gewerkschaften noch nicht genügend zugänglich sind, entsprechend zu bearbeiten und sie dafür „reif“ zu machen. Natürlich liegt dies ganz und gar nicht im Willen der Beschützer der christlichen Gewerkschaften, aber die Welt verläuft ja eben nicht nur in der Richtung, wie wir selbst es wollen, sondern vielmehr so, wie es dem Gesamtverhältnis aller Anschauungen, Meinungen und Willensrichtungen entspricht.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich ja lange Zeit die heftigsten Vorwürfe von ihren zentrümlichen Brüdern aus den katholischen Arbeitervereinen und deren sogenannten Fachabteilungen zugezogen, weil sie sich trotz der betonten Gegnerschaft zu den freien Gewerkschaften doch den Einwirkungen des Klassenkampfes nicht entziehen konnten. Die Fachabteiler entsetzten sich aber über die Behauptung ihrer schwarzen Brüder aus den christlichen Gewerkschaften von der Arbeitskraft als einer Ware und es half auch nichts, daß die Christen betonten, nicht sie hätten die Arbeitskraft zur Ware gemacht, sondern der Kapitalismus habe dies besorgt.

Wirkten so die christlichen Gewerkschaften gewissermaßen wie das Fegefeuer auf die für den Genuß der himmlischen Seligkeit zunächst noch nicht vorbestimmten Seelen, weihten sie auch die rückständigen Arbeiter ein wenig in die Mysterien des Klassenkampfes ein, so konnten dann die freien Gewerkschaften diese Arbeit wirksamer im großen Ring ihrer umfassenden Tätigkeit und nicht behindert von sachfremden Nebenrücksichten fortsetzen.

Und wenn die Zentrumschristen auch in unseren Tagen noch ihr Glück mit der windigen Behauptung versuchen wollen, die Unternehmer kämen den christlichen Arbeitern mehr entgegen als den „materialistisch verseuchten“ freien Gewerkschaften, dann mögen sie es tun, sie werden aber keinen Hund vom Ofen locken. Schon die Vergangenheit hat ja genügend nachdrücklich erwiesen, daß das Kapital nur Respekt hat vor entsprechend schlagkräftigen Organisationen und sich wenig darum schert, ob ein Arbeiter eine rote oder eine schwarze Weste trägt.

Wie war's zum Beispiel bei der christlichen Lohnbewegung in der Gebetbuchindustrie der frommen Wallfahrtsstadt Kevelaer, von der Heinrich Heine gesungen, daß nach ihr mancher auf Krücken zog, der „jetzo tanzt auf dem Seil“? Kamen da die zentrümlich frommkatholischen Unternehmer ihren christlichen Glaubensgenossen mit Kußhand entgegen? Weit gefehlt. Doch hören wir das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften selbst, das damals schrieb:

„Hier haben wir das nicht seltene, unerfreuliche Bild: katholische Arbeitgeber im offenen Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Eine unerschöpfliche Agitationsquelle für die sozialdemokratische Hetzpresse. In Großstädten, so meinte Herr Thum, möchten die christlichen Arbeiterorganisationen vielleicht angebracht sein, aber für Kevelaer und die dortigen Verhältnisse seien sie unnötig, die von den Arbeitern gezahlten Beiträge seien weggeworfenes Geld. Mit einer Arbeiterorganisation würde er niemals über Lohnfragen verhandeln. Also rückständiger Herr-im-Hause-Standpunkt. Daß es Herrn Thum im Kampfe um das Koalitionsrecht ernst gemeint ist, ersieht man daraus, daß er in Werbebriefen Gehilfen sucht, die weder dem christlichen noch sozialdemokratischen Verbande angehören noch beitreten dürfen. Das Vorgehen und Verhalten dieser Firma, die mit ihren prinzipiellen Ansichten über das Recht der Koalition in Kevelaer nicht allein steht, wird erst richtig gekennzeichnet durch die Tatsache, daß in der Gebetbücherbranche in Kevelaer im Vergleich zu anderen Druckorten ganz elende Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzutreffen sind. Die Abneigung gegen die Organisation der Arbeiter hat mithin einen recht natürlichen Hintergrund.“

Dies stimmt ja schon, aber das christliche Zentralblatt durfte und darf aus solchen gehäuften Erfahrungen bei Strafe des Untergangs seiner Narrengeschäftigkeit und Sonderbündelei ja nicht die gegebenen, naheliegenden und natürlichen Folgerungen ziehen.

Statt dessen versuchen die Zentrumschristen wieder einmal, sich mehr mit den evangelisch-kirchlich gesinnten Arbeitern anzuschmusen. Aber auch da liegt der Knüppel beim Hunde, wie wir gleich sehen werden. Es ist den katholischen Arbeitern nach den Leittafeln, die die kirchlichen „Oberen“ aufgestellt haben, gar nicht erlaubt, mit ihren evangelischen Klassengenossen in vertrauten Verkehr zu treten. Wenn evangelische, katholische und freimaurerische Unternehmer zusammenkommen und austüfteln, wie der werktätigen Bevölkerung das Fell noch mehr über die Ohren gezogen werden kann, dann ist dies bekanntlich „ganz was anderes“. Quod licet jovi, non licet bovi! Zu deutsch etwa: Was dem Jupiter, was einem großen Tier erlaubt ist, ist darum noch keinem gewöhnlichen Rindvieh erlaubt! Possierlich zu lesen ist immer noch eine Schrift: „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung“ von dem Jesuiten Josef Biederlack, die bei ihrem Erscheinen von den Zentrumschristen als Erfolg ihrer Richtung gegen die Fachabteiler hingestellt worden ist. Biederlack wollte die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften gelten lassen, aber doch nur unter allerhand Verklausulierungen und kennzeichnenden Verwahrungen. So verlangte er, daß die christlichen Gewerkschaften schon von sich aus das „christliche Sittengesetz“ beachteten, und er winkte mit dem „geistlichen Berater“, gegen den die christlichen Katholiken nicht aufbegehren dürften. Und wer bestimmt das Sittengesetz? Ei nun, wer anders als die kirchlichen Oberen, die Bischöfe. Biederlack schreibt:

„Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß wenigstens zunächst den Bischöfen das Urteil darüber zusteht, ob die in ihren Diözesen bestehenden Vereinigungen durch sich schon hinreichende Gewähr bieten für die strenge Einhaltung aller sittlichen Forderungen, so daß dadurch die Anstellung besonderer Berater oder geistiger Leiter überflüssig wird.“

Weiter wird gesagt, es sei ganz ungehörig, Bischöfe der Überschreitung ihrer Befugnisse anzuklagen, die aus guten Gründen — ob die Gründe ausschlaggebend seien oder nicht, habe sicher gerade die kirchliche Behörde zu beurteilen — etwa die Anstellung geistlicher Berater für die gewerkschaftlichen Organisationen verlangten.

Ein zweiter Teil der Schrift Biederlacks erörtert dann lang und breit die Frage der sittlichen Erlaubtheit des Streiks, als ob dies im allgemeinen eine Frage sein könne! Recht bezeichnend für die Art der christlichen „Gerechtigkeit“ ist dabei wieder, was über das Streikrecht der Staatsarbeiter geschrieben wird. Es heißt, wenn der Staat sich beim Abschluß des Arbeitsvertrages ausdrücklich verpflichtete, nicht nur das Mindestmaß des gerechten Lohnes zu zahlen, sondern, soviel er könne, auch noch über diesen hinaus für seine Arbeiter Sorge zu tragen, also nach Möglichkeit ihnen den Lohn zum Beispiel nach der mittleren Lohnstufe zu entrichten, so könne er ohne allen Zweifel auch von den Arbeitern den Verzicht auf gemeinsame Bestrebungen zur Erlangung noch besserer Arbeitsverhältnisse ausbedingen. Nach dieser Weisheit geht also der Durchschnittslohn, der Lohn nach der „mittleren Lohnstufe“ bereits über das Mindestmaß des „gerechten“ Lohnes hinaus. Fürwahr, die Bescheidenheit der christlichen Moralphilosophen übersteigt alle Maßen, wenn es sich um das Los derer handelt, die nach einem frechen Wort eben „Knecht bleiben“ sollen.

Aber die christliche Bescheidenheit äußert sich auch noch weiter recht nachdrücklich. Im letzten Teil seiner Schrift findet sich Biederlack mit den konfessionell gemischten christlichen Gewerkschaften ab, aber er hält die gewerkschaftliche Tätigkeit eben auch nur für sehr geringfügig. Es heißt:

„Da der persönliche Verkehr sich nur auf die gewerkschaftliche Tätigkeit als solche zu beziehen hat, diese sich aber ihrer Natur nach innerhalb sehr bescheidener Grenzen hält, so läßt sich nicht sagen, daß die Notwendigkeit dieses Verkehrs die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften oder den Eintritt in dieselben unerlaubt macht.“

Und trotz dieser Bescheidenheit, bei der man durchaus nicht sagen kann, daß sie in der geringen Bedeutung der Gewerkschaftstätigkeit ihren Grund habe, wird dann am Schluß der Schrift noch folgende kräftige Sperre aufgerichtet:

„Anderseits muß dann aber auch vorgesorgt werden, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften den Katholiken zu keinem weiteren, namentlich zu keinem vertrauteren persönlichen Verkehr mit den andersgläubigen Mitgliedern Anlaß geben.“

So, nun wissen wir Bescheid. Das Verhältnis zwischen evangelischen und katholischen Arbeitern in den christlichen Gewerkschaften darf gar nicht herzlich und vertraut werden. Daß dabei eine ersprießliche Gewerkschaftsarbeit überhaupt möglich sein kann, werden die christlichen Gebärdenspäher und Wettermacher im Ernste selbst nicht behaupten wollen. Die Folgerungen liegen auf der Hand.

Rückblick auf das erste Semester an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

(Von einem Teilnehmer)

Am 1. Mai d. J. nahm nach kurzer Eröffnungsfeier in Anwesenheit des Kultusministers Dr. Becker die praktische Arbeit ihren Anfang, um ohne Unterbrechung bis 29. Juli die Kräfte der Dozenten und Hörer in Anspruch zu nehmen. Es ist wohl angebracht, einen kurzen Rückblick auf das verflossene erste Semester zu werfen und ebenso einen Ausblick auf das am 1. September beginnende zweite Semester.

Der Rückblick auf die Arbeit im ersten Semester ergibt ein ziemlich buntes Bild der in den Vorlesungen behandelten Stoffe. Es dozierten: Herr Dr. Rosenstock (Frankfurt a. M.) 1. über den Begriff des Rechts, 2. über die Politik als Lehre vom Staat der Neuzeit (1500 bis 1918); Herr Dr. Max Michel (Frankfurt a. M.) über Gesetze und Instanzen des Arbeitsrechts; Herr Prof. Sinzheimer (Frankfurt a. M.) 1. über Begriffe des Arbeitsrechts, 2. allgemeine Erörterung

---

Willkommen in Jena!

Der Verbandstag in Stuttgart im Jahre 1919 beschloß einstimmig, die 15. Verbandsgeneralversammlung in Jena abzuhalten. Es waren bis heute eigentlich nur die Großstädte, welche die Ehre hatten, solch große Kongresse in ihren Mauern zu sehen. Nachdem die Stadt Jena Tagungsort des Parteitages der alten Sozialdemokratischen Partei geworden war, wurde sie zur Kongreßstadt. Daß der Parteitag in kurzer Folge dreimal hier tagte, läßt darauf schließen, daß Jena als Kongreßstadt allen Ansprüchen genügte. Neben seiner zentralen Lage spielen wohl die Lokalverhältnisse, wie wir sie hier haben, die größte Rolle. Unser herrliches Volkshaus, das aus den Mitteln der Carl Zeiß-Stiftung erbaut wurde, steht wohl fast einzig in ganz Deutschland da. Es hieße den Eindruck verwischen, wollte man über das Volkshaus etwas anderes schreiben, als was der Nachfolger und Freund von Ernst Abbé, Prof. S. Czapski, bei der Eröffnungsfeier im Jahre 1903 sagte: „Willkommen sein soll uns jeder, jede Vereinigung, jede Person, die von diesen Räumen Gebrauch machen wollen, nur um in irgendwelcher Weise, auf irgendwelchem Gebiet in einem größeren Kreise zu wirken. Willkommen jede politische Richtung, die hier für ihre Idee Anhänger werben will. Ihnen mit in erster Linie soll diese luftige Halle eine Freistatt sein, die jedem Unterkunft bietet, der sich innerhalb des gesetzlich und sittlich Zulässigen bewegt. Die Überzeugung, daß im Kampfe der Geister nur geistige Waffen erlaubt sind, daß die Anwendung jedes anderen Machtmittels nur Erbitterung erzeugen und moralische Vergiftung hervorrufen kann, diese Überzeugung soll in diesen Räumen unzweideutig begründet und betätigt werden.“

Als diese Worte in die Öffentlichkeit hinausgingen, da war es vorbei mit den [illegible], die wir von [illegible] zu ertragen hatten. Die Lokalfrage war für alle großen Versammlungen ein- für allemal gelöst. So kam es auch, daß sich die Delegierten des sozialdemokratischen Parteitages in Bremen für Jena entschieden. Vor allem unser alter Genosse August Bebel war es, welcher sich mit seinem ganzen Einfluß dafür einsetzte, daß der Parteitag nach Jena kam, denn innige Freundschaft verband ihn mit dem edlen Stifter unseres Volkshauses.

Als nun vor zwei Jahren in Stuttgart beschlossen wurde, die 15. Generalversammlung in Jena abzuhalten, haben wir freudig zugestimmt und werden uns dieses ehrenvollen Auftrages würdig und der damit verbundenen Arbeit in jeder Weise gewachsen zeigen.

Das Jena von heute ist nicht das Jena von ehedem. Es ist nicht mehr die kleine Universitätsstadt, an der einst Schiller wirkte und unser genialer Vorkämpfer Karl Marx im Jahre 1841 durch seine Arbeit über die: „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie“ die Doktorwürde erwarb. Außerdem wohnten und wirkten in Jenas Mauern Männer von historischer Bedeutung eines Luther und Melanchthon. Von der literarischen Schaffenskraft eines Goethe und Schiller, von der philosophischen Geistesschärfe eines Fichte und Hegel. Alles Namen, die in der Chronik der Kulturgeschichte Deutschlands in unverwischbaren Lettern verzeichnet stehen und auch von uns nach Gebühr gewürdigt werden. Von den weiteren historischen Geschehnissen, die sich an Jenas Namen knüpfen, wollen wir in diesem Zusammenhang nur des Jahres 1806 gedenken, das den Zusammenbruch des veralteten preußischen [illegible] brachte und damit den äußeren Anstoß für eine freiheitlichere Ausgestaltung dieses Hortes der deutschen Reaktion gab.

Die Entwicklung in Jena ging in den letzten Jahren der Vorkriegszeit rapid vorwärts. Vor allem war es das Zeißwerk, das sich in kurzer Zeit zum Großbetrieb entwickelte. Viele Kollegen, die zur Generalversammlung nach Jena kommen, werden bisher wenig von dem Zeißwerk gehört haben oder sich von demselben ganz falsche Vorstellungen machen. Von einigen wird sogar geglaubt, Zeiß sei ein sozialisierter Betrieb. Dazu sei folgendes gesagt: Entscheidend für das glänzende Wachstum des Zeißwerkes war der 1866 erfolgte Eintritt von Prof. Dr. Ernst Abbé. Ernst Abbé wurde als Sohn eines Spinnereiarbeiters in Eisenach geboren. Nachdem der Gründer Carl Zeiß gestorben, sein Sohn Dr. Roderich Zeiß 1889 zurückgetreten war, wurde Abbé alleiniger Leiter des Zeißwerkes und gründete am 1. Juli 1891 die Carl Zeiß-Stiftung, die er zur Eigentümerin der Firma Carl Zeiß und Mitinhaberin des aufs engste mit der ersteren verbundenen Glaswerks Schott & Gen. machte. Der Stiftung übermittelte er 1891 sein ganzes Vermögen bis zur gesetzlich zulässigen Grenze und begnügte sich mit der Stellung eines Mitglieds der Geschäftsleitung.

Die einzigartige Größe Ernst Abbés offenbarte sich vornehmlich in folgendem: seinen bahnbrechenden wissenschaftlichen Erfolgen und technischen Schöpfungen, der Schaffung und Leitung eines großindustriellen Betriebes, der Selbstentäußerung seines privaten Besitzes an eine unpersönliche Eigentümerin, die von ihm ins Leben gerufene Carl Zeiß-Stiftung, und der Schaffung des Statuts für diese Stiftung, und zuletzt in der Ausbildung eines fortgeschrittenen Arbeiter- und Angestelltenrechts. Abbé sagte: „Das Ziel meiner Bestrebung ist, ganz allein die Rechtslage aller derjenigen zu heben, die in diesen Wirkungskreis eingetreten sind oder in Zukunft eintreten möchten. Bei Anstellung der Beamten und Arbeiter muß jederzeit ohne Ansehen der Abstammung, des Bekenntnisses und der Parteistellung verfahren werden.“

Das Zeißwerk führte am 29. März 1900 den Achtstundentag ein. Das Ergebnis der Verkürzung des Arbeitstages in bezug auf die Arbeitsleistung hat Abbé in seinem berühmten Vortrag über die „volkswirtschaftliche Bedeutung der Verkürzung des industriellen Arbeitstages“ niedergelegt. Prof. Czapski sagte an der Bahre Ernst Abbés: „Nicht nur im Kreise der hiesigen Betriebe wollte er bessere Zustände herbeiführen, nicht nur hier wollte er gebrochen sehen mit überkommenen Vorurteilen, die den Weg zur Besserung verhindern.“

Daß von seiten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Bestrebungen Ernst Abbés die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde, geht schon daraus hervor, daß der Hauptvorstand am Sarge des großen Menschenfreundes einen Kranz mit folgender Widmung niederlegen ließ:

„Dem unerschrockenen und wahren Arbeiterfreunde in aufrichtiger Dankbarkeit. Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart.“

Heute, nachdem nun Ernst Abbé bereits 16 Jahre tot ist, sind auch die Verhältnisse im Zeißwerk andere geworden. Wohl besteht das Stiftungsstatut noch, aber der Geist eines Abbé ist verschwunden. Stark, teilweise sehr heftig hat die Zeißarbeiterschaft an die Türen der

über das Arbeitsrecht; Herr Prof. Pape (Frankfurt a. M.) über Geld- und Kapitalwirtschaft; Herr Dr. Levi (Frankfurt a. M.) über das Familienrecht; Herr Dr. Einstein (Frankfurt a. M.) über Utopie und Wissenschaft; Herr Prof. Heidebrock (Darmstadt) über Betriebsorganisation; Herr Prof. Salz (Baden-Baden) über Industrie- und Handelsprobleme der Gegenwart; Herr Dr. Brauer (Köln) über Gewerkschaften und Internationale; Herr Ingenieur Wold (Münster i. W.) über Großindustrie und Gewerkschaften; Herr Prof. Ledeber (Heidelberg) über Volkswirtschaft; Herr Dr. Kraus (Heidelberg) über äußere Politik; Herr Staatsminister a. D. Dr. Drews (Berlin) über innere Politik.

Diese Pflichtvorlesungen beanspruchten durchschnittlich 20 Stunden pro Woche. Was in den Vorlesungen geboten, wurde dann in den Gruppenstunden eingehend weiter behandelt. Diese Gruppenarbeit nahm 6 bis 8 Stunden pro Woche in Anspruch und wurde in den drei bestehenden Gruppen mit durchschnittlich je 25 Hörern unter Leitung der Dozenten Herren Dr. Schlünz, Dr. Sturmfels und Dr. Michel geleistet. Am Donnerstag jeder Woche versammelten sich die Hörer in freigewählten Zirkeln von 6 bis 10 Personen, um dort sich je nach Neigung in Kunst und Geschichte, Volkswirtschaft, Wirtschaftsgeographie, Arbeiterrecht u. a. weiterzubilden. Hierfür wurden 3 bis 4 Stunden aufgewandt. Die weitere Arbeit wurde in den Wahlfächern, Stenographie, Buchhaltung, Englisch, Französisch und sonstigem Selbststudium geleistet. Angenehme Unterbrechungen bildeten Besichtigungen der Stadt Frankfurt, des Stadtwaldes und eines Gutshofes unter jeweils sachkundiger Leitung.

Überblickt man die Arbeit des ersten Semesters, so wird die Fülle des Gebotenen überraschen. Die Vorlesungen der einzelnen Dozenten über das jeweilige Thema nahmen verschiedenartig 8 bis 24 Stunden in Anspruch. Seitens der Hörer wurde der Wunsch laut, von einzelnen Dozenten in ausführlicherer Weise das betreffende Thema behandelt zu hören und im allgemeinen für das zweite Semester einen geordneten Lehrplan unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen und Wünsche der Hörer und Dozenten aufzustellen. Dies ist geschehen und für das zweite Semester folgender Lehrplan aufgestellt worden. Es werden behandelt:

A. Rechtswissenschaft: 1. Hauptlehren des Arbeitsrechts, Herr Prof. Sinzheimer; 2. Übungen zur Rätegesetzgebung, Herr Prof. Sinzheimer und Pape; 3. Recht der Erwerbsgesellschaften, Herr Professor Klaußig. Außerdem Wahlvorlesungen: 1. Seminar über Arbeitsnachweis, Erwerbslosenfürsorge, Gewerbe- und Kaufmannsrechte, Herr Dr. M. Michel; 2. Gerichtsverfassung und Strafprozeß, Herr Prof. Sinzheimer; 3. Zivilprozeß, Herr Dr. Benkeraß; 4. Das Wesen des Strafrechts und der Strafvollzug, Herr Prof. M. E. Mayer und Geheimrat Freudenthal; 5. Versicherungsrecht, Herr Prof. E. Kahn. B. Volkswirtschaft: 1. Bild der deutschen Volkswirtschaft, Herr Prof. Aerbo, (Wirtschaftsgeographie, Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Bank- und Geldwesen, Kapitalkonzentration, Tagesfragen der deutschen Volkswirtschaft, Sozialisierung), Herr Dr. N. Einstein, Herr Redakteur Feiler und Herr Engelbert Graf; 2. Theoretische Nationalökonomie, Herr Prof. Oppenheimer; 3. Karl Marx, Herr Dr. N. Einstein; 4. Einführung in die Lektüre nationalökonomischer und soziologischer Schriften, 4 Seminare, geleitet von den Herren Dozenten Dr. Rosenstock, Schlünz, Sturmfels, Michel; Wahlvorlesungen: 1. Seminar über Wesen der Gewerkschaften, Herr Dr. Heinr. Marx; 2. Seminar über Steuerwesen; 3. Sozialpolitisches Seminar. C. Arbeitswissenschaft: 1. Der menschliche Organismus, Herr Dr. Koch; 2. Psychotechnik, Herr Dr. Gelb; 3. Physiologie der Arbeit, Herr Prof. Hellpach. Wahlvorlesungen: 1. Volkshygiene, Herr Dr. Laquer. D. Gesellschafts- und Kulturlehre: 1. Das Wesen des Sozialismus, Herr Dr. W. Sturmfels; 2. Die sozialen Fragen vom Standpunkt des Christentums, Herr Dr. E. Michel; 3. Die Revolution, Herr Dr. Fr. Schlünz; 4. Geschichte der politischen Gestaltung Europas, Herr Dr. Rosenstock; 5. Geschichte der sozialen Bewegungen, Herr Dr. G. Salomon.

Es wird aller Anstrengungen der Dozenten und Hörer bedürfen, das aufgestellte Programm zu erledigen. Dozenten und Hörer äußerten deshalb auch den Wunsch, das 2. Semester um einige Wochen zu verlängern. Aus finanziellen Gründen mußten bei der Aussprache darüber die Vertreter der Gewerkschaften ihre Zustimmung ablehnen. Als vom Vorsitzenden des Hörerrats der anwesende Kultusminister, Dr. Becker, auf die notwendige Unterstützung durch den Staat hingewiesen wurde, konnte dieser bei allem gezeigten Wohlwollen keine Zusage machen.

Kurz rückblickend sei gesagt, im 1. Semester haben Dozenten und Hörer sich ehrlich bemüht, den großen umfangreichen Stoff des Gebotenen zu meistern und mit den gesammelten Erfahrungen sollen nun im 2. Semester Lehrstoff und Methode, dem Zweck der Akademie entsprechend, behandlet werden. Guten Erfolg für die Arbeiterbewegung erwarten Gewerkschaften und Teilnehmer. Der Lehrstoff selbst bietet jedenfalls auch hochgestellten Erwartungen viel. (Schwarzweiß.)

Material der Arbeitgeberverbände

Dieses Material wird uns von den Rüstringer Kollegen zur Verfügung gestellt. Es zeigt, wie intensiv die Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände bestrebt sind, die Schlichtungsausschüsse und deren Organe im Sinne der Unternehmer zu beeinflussen. Es handelt sich um ein Schreiben, das während der Lohnverhandlungen an den Schlichtungsausschuß gerichtet wurde. Wir lassen es im Wortlaut folgen:

An den Schlichtungsausschuß in Oldenburg.

In Sachen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Oldenburg, gegen den Industrie- und Arbeitgeberverband für den Freistaat Oldenburg e. V., Ortsgruppe Oldenburg, Fachgruppe Metall.

Dem Protokoll der Sitzung vom 2. Juni entnehmen wir folgenden Satz: „Es kommt darauf an, ob die Lebenshaltung augenblicklich teurer ist als im Januar-Februar, wo die letzten Löhne festgesetzt sind. Es wurde beschlossen, hierüber weitere Ermittlungen anzustellen".

Wir sind nicht darüber orientiert, wieweit die Ermittlungen des Schlichtungsausschusses gediehen sind und gestatten uns, fördernd einzugreifen:

Dr. Kuczynski teilt in seiner Finanzpolitischen Korrespondenz vom 3. Juni mit, daß das wöchentliche Existenzminimum für Groß-Berlin

	für einen Mann	ein Ehepaar	ein Ehepaar mit 2 Kindern
im Mai . . .	140 M	209 M	285 M

beträgt. Die entsprechenden Zahlen vom Februar waren:

	151 M	226 M	314 M

Kuczynski stellt also für Mai im Verhältnis zum Februar eine Lebenshaltungsverbilligung von 11, bezw. 17, bezw. 29 Punkten fest.

Calwer errechnet

für Februar 1921 das Lebenshaltungsminimum auf 359,56 M
„ Mai 1921 „ „ „ 353,14 „

Er errechnet somit für Mai im Verhältnis zum Februar eine Lebenshaltungsverbilligung um 6,42 M.

Dr. Elsaß errechnet für Frankfurt a. M. für eine 4köpfige Familie

am 1. März . . . . . 297 M
„ 1. Mai . . . . . 280 „

Er errechnet somit eine Verbilligung der Lebenshaltung um 17 Punkte.

Die Großhandelsindexziffer der Frankfurter Zeitung betrug

am 5. Februar 136
„ 8. Mai 130

also eine Verbilligung für Mai im Verhältnis zum Februar um 6 Punkte.

Prof. Dr. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, errechnet die Kosten des wöchentlichen Ernährungsbedarfs

	für einen Mann	ein Ehepaar	ein Ehepaar mit 1 Kind
im Mai auf . .	54,85 M	98,57 M	120,46 M

Die entsprechenden Zahlen für Februar waren:

	58,09 M	100,90 M	125,26 M

Silbergleit errechnet für Mai im Verhältnis zum Februar also eine Verbilligung um 3,24, bezw. um 2,33, bezw. um 4,80 M.

Der Leiter des Statistischen Amtes für Oldenburg, Prof. Dr. Ephraim, errechnet für die Stadt Oldenburg für Mai die Teuerungszahl 886. Die entsprechende Zahl für Februar war 891. Er stellt somit für Mai im Verhältnis zum Februar eine Verbilligung um 5 Punkte fest.

Die obige Gegenüberstellung zeigt deutlich, daß die Arbeitgeber gegenüber ihrer Eingabe an den Schlichtungsausschuß vom 2. Mai in bezug auf die Statistiken ihre Behauptung, daß eine Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten ist, nicht zurücknehmen können.

Zugegeben sei, daß zwar im Verhältnis von Mai zu Februar die prozentuale Verbilligung geringer als 8,66 v. H. ist, welche Zahl für die Lebenshaltungskostenverbilligung für April im Verhältnis zum Dezember errechnet war. Es muß jedoch bei der Prüfung dieser Zahlen besonders berücksichtigt werden, daß der Februar im Gegensatz zum Januar und dieser im Gegensatz zum Dezember des Vorjahres bezüglich der Lebenshaltungskosten bereits wesentlich niedriger stand. Und ferner muß berücksichtigt werden, daß im Monat Mai, infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch, eine vorübergehende Verteuerung von Milch und Butter eintrat, die, wie die Tatsachen beweisen, bereits durch eine Verbilligung der betreffenden Nahrungsmittel für Monat Juni wieder ausgeglichen ist.

Auf die stets geäußerte Bereitwilligkeit zum Abbau der Löhne im Augenblick des Abbaus der Preise können wir nur von neuem hinweisen.

Zu unseren Ausführungen betr. Wagenbauanstalt in dem Schreiben an den Metallarbeiter-Verband wiedergegeben in der Eingabe an den Schlichtungsausschuß vom 2. Juni, haben wir noch folgendes hinzuzufügen: Eine Lohnerhöhung für die Metallarbeiter ist nach wie vor abzulehnen, da von den Firmen, so z. B. besonders von der Wagenbauanstalt, ein ganz erheblicher Abbau der bestehenden Preise seitens der Regierung verlangt wird und dementsprechend energisch ein Abbau der bestehenden Löhne leider verlangt werden muß. Die Eisenbahnverwaltung will, ungeachtet der außerordentlich hohen Steigerung der sämtlichen Materialpreise und der Löhne, für zu liefernde Wagen weniger als das Zehnfache des Friedenspreises bezahlen.

Das Zentralamt für das Eisenbahnwesen verlangt bei jedem Angebot eines Auftrages eine weitere gewaltige Senkung des Kaufpreises. Die Reichsregierung verlangt heute einen Abbau und glaubt ihn durch ein starkes Drücken der Kaufpreise für die von ihr benötigten Produkte zu erreichen. Leider sind die Lieferanten, d. h. die Waggonfabriken nicht in der Lage, dieses an sich lobenswerte Streben der Regierung zu unterstützen in dem Augenblick, in dem die Reichsregierung zuviel des Guten tut. In welcher Weise die Reichsregierung vorgeht, mögen folgende Zahlen beweisen:

im Jahre 1913 und 1914 kostete eine bestimmte Wagenart	2755 M
derselbe Wagen kostete im Jahre 1917	3840 „
der Wagen stieg dann auf annähernd	39000 „
für die erste Bestellung in diesem Jahre bot die Eisenbahnverwaltung	37470 „
für eine Nachbestellung	38720 „

Für eine weitere Nachbestellung will sie keinesfalls über 27 000 M bezahlen, höchstwahrscheinlich, wie von Regierungsseite vorläufig inoffiziell mitgeteilt ist, aber auch diesen Preis nicht bezahlen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei einer zweiten Wagenart, die im Frieden 3160 M kostete und für die jetzt der Staat 31 000 M anbietet. Das Anerbieten der Eisenbahnverwaltung bedeutet also, daß sie nicht einmal das Zehnfache des Friedenspreises zahlen will. Kennzeichnend für die Art und Weise des Vorgehens der Regierung ist auch, daß sie nur 185 v. H. auf die gezahlten Löhne als Unkosten berechnet, während die Wagenbauanstalt 200 v. H. Unkosten hat.

Die Löhne bei der Wagenbauanstalt haben sich weit mehr als verzehnfacht. Auf den Norddeutschen Waggonfabriken in Bremen wurde im Frieden von gelernten Arbeitern im Akkord ein Lohn von etwa 45 bis 52 ₰ die Stunde verdient, während jetzt ein Verdienst von durchschnittlich 6,52 M erzielt wird.

Die obengenannten Zahlen der Preise und Löhne beweisen, daß höhere Löhne keinesfalls gezahlt werden können. Im Gegenteil ist die Waggonbauanstalt, falls ihr etwa durch den Schlichtungsausschuß oder sonst irgendwie die Zahlung höherer Löhne aufgegeben wird, gezwungen, ihre Arbeiter zu entlassen und den Betrieb zu schließen, wie es anderweitig bereits geschehen ist, da der Waggonbauanstalt nicht zugemutet werden kann, ohne Verdienst bezw. mit Verlust zu arbeiten. Der Schlichtungsausschuß bezw. die folgenden Instanzen haben es in der Hand, einer Belegschaft von fast 300 Arbeitern durch einen Spruch das Brot zu nehmen.

Das Bestreben nach Lohnabbau geht über die ganze Welt. Der Lohnabbau ist bereits in namhaftem Umfange vollzogen. Wenn wir die deutschen Exportindustrien nicht noch weiter exportunfähig machen wollen, als es bereits durch das Herangehen an die Weltmarktpreise infolge gesteigerter Löhne und durch die feindlichen Zollmaßnahmen geschehen ist, so muß auch die deutsche Industrie sehr bald dazu übergehen, die Löhne und Gehälter angemessen herabzusetzen. Es mag dem einzelnen Arbeiter unbillig erscheinen, wenn man von ihm verlangt, daß er unter der Notwendigkeit des Abbaues mit der erste Leidtragende ist. Immerhin mag er aber erwägen, daß er um so weniger einer Betriebseinschränkung oder gar einer Betriebsstillegung anheimfällt, die für Betriebe unumgänglich eintreten werden, in denen nicht rechtzeitig der Lohnabbau erfolgt.

Aus den in dieser Eingabe erwähnten Gründen in Verbindung mit der Begründung der Eingabe vom 2. Juni sehen wir uns nicht veranlaßt, einen andern Antrag zu stellen als den: den Schlichtungsausschuß um eine angemessene Herabsetzung der Löhne für das Metallgewerbe in der Stadt Oldenburg zu bitten.

I. A.: Baland, Geschäftsführer.

Die Kollegen können diese Angaben selbst nachprüfen. Der Arbeiterhaushalt ist der beste Gradmesser für die Teuerung. Wenn auch statistisch in einem bestimmten Zeitraum einige Hauptnahrungsmittel eine Verbilligung erfahren haben, so wurde dies durch fortwährende Preissteigerungen auf anderen Gebieten nicht nur wettgemacht, sondern der Reallohn, d. h. die Kaufkraft des Geldes, sank fortwährend.

Sehr interessant für uns ist die unverhohlene Drohung mit der Schließung der Waggonbauanstalten, wenn der Staat nicht die vom Fabrikanten geforderten Preise zahlt. Die Unternehmer scheinen sich ihrer Position außerordentlich sicher zu fühlen. Die Verordnung über Schließung von Betrieben ist für sie nicht vorhanden. Um so mehr hat die Arbeiterschaft Ursache, auf dem Posten zu sein und durch zielklare Arbeit die Pläne der Unternehmer zunichte zu machen.

Der neutrale Betrieb

Ein neuer Köder amerikanischer Großbetriebe.

Der Kampf des amerikanischen Unternehmertums gegen die Gewerkschaften nimmt immer heftigere Formen an. Mit allen Künsten der Überredung und lockenden Versprechungen, wo die Gewalt nicht schnellen Erfolg verspricht, versucht man so den englischen Gewerkschaftsgrundsatz der geschlossenen Werkstatt, das heißt des gegenüber Nichtorganisierten geschlossenen Betriebes, zu durchbrechen.

Einer der größten Betriebe hat eine Neuerung eingeführt, die von der Unternehmerpresse freudig begrüßt wird: sie fügt allen Einstellungsverträgen eine sogenannte „neutrale Klausel" bei. Danach verpflichtet sich der Arbeiter, den Betrieb als eine neutrale Stätte anzuerkennen, auf der es keine Parteien gibt, und während der Dauer des Dienstverhältnisses weder innerhalb noch außerhalb des Betriebes irgend etwas zu unternehmen, das diesen Zustand ändern könnte.

Die Gesellschaft selbst erklärt dazu, daß sie im Falle der Unterzeichnung dieses Absatzes durch ihre Arbeiter bereit sei, mit Vertretern der Gewerkschaften, deren Mitglieder bei ihr arbeiten, zu unterhandeln, um zu einer Verständigung, aber auf Grundlage der mit den einzelnen Arbeitern abgeschlossenen Verträge zu kommen. Die Gewerkschaften müßten im Vertrag ebenfalls durch ihre Unterschrift beitreten, wodurch dann die einzelnen Verträge ersetzt würden.

Einen ähnlichen Versuch macht zurzeit die bekannte First-Gesellschaft in Maryland, die alle Arbeiter aussperrte wegen angeblich allzu starker Einmischung der Betriebskommissionen. Sie will nur solche Arbeiter wieder einstellen, welche einen mit recht harten Bedingungen angefüllten Einzelarbeitsvertrag unterschreiben. Die Gesellschaft behauptet, daß in einer Woche schon 6000 Arbeiter auf diese Weise wieder eingestellt worden wären, aber sie dürfte sich sehr täuschen, wenn sie glaubt, dadurch die Gewerkschaft dauernd ausschalten zu können. ab.

Volkswirtschaftliche Begriffe

Inflation

Viele der Auswüchse unserer gegenwärtigen Wirtschaftszustände werden mit der Inflation in Zusammenhang gebracht. Was ist das? Inflation heißt Aufblähung und unter Inflation versteht man die leichtsinnige Schaffung von Papiergeld ohne Rücksicht auf das Bedürfnis der Volkswirtschaft; die Geldmenge wird künstlich aufgebläht.

Während des Krieges entstand das Mißverhältnis zwischen Gütervorrat und Geldvorrat; es waren immer weniger Wirtschaftsgüter und immer mehr Geld vorhanden. Das Angebot an Waren ging zurück, aber der Bedarf und damit die Nachfrage wuchs. Auf jede der bei Kriegsausbruch vorhanden gewesenen Geldmenge fiel eine entsprechend geringere Warenmenge. Durch Ausgabe von Zusatzgeld wurde der Warenanteil pro einzelne Geldeinheit noch kleiner gemacht und der gesamte Warenvorrat der Volkswirtschaft sozusagen „gestreckt".

Diese Inflation hat nach Kriegsschluß noch aus den verschiedensten Gründen zugenommen, sie hat ihre eigentliche Ausdehnung erst angenommen.

Pari

Einer der volkswirtschaftlichen Begriffe, die man überall hört, ist „pari". Was ist das?

Es gibt einen eigentlichen normalen Kurs jedes Geldes, der vom Staat festgelegt wird; in den Staaten der Goldwährung geht er aus den Sätzen hervor, zu denen Gold vom Staat geprägt wird. In Deutschland wiegen 1000 Goldstücke zu je 20 Mark 7,96495 Kilogramm, in England 1000 Goldstücke zu je einem Pfund Sterling 7,9888056 Kilogramm. In Betracht gezogen, daß der Feingehalt in Deutschland neun Zehntel, in England aber elf Zwölftel beträgt, so läßt sich ausrechnen, daß ein Pfund Sterling gleichzusetzen ist 20,4295 Mark. Das ist die Regel; diesen Kurs bezeichnet man als das Pari der verschiedenen Währungen. — Aber der Preis eines Geldes richtet sich nach der Bilanz und der Spekulation. Er steht deshalb nur selten auf pari und vor allem seit der Nachkriegszeit. Man sagt, er steht „über pari", wenn er höher und „unter pari", wenn er niedriger steht als pari. Die Summe über pari nennt man Agio, die unter pari Disagio.

Geschäftsleitung klopfen müssen, um sich Gehör für ihre gerechten Forderungen zu verschaffen. Die Löhne, die heute im Zeißwerk bezahlt werden, sind nicht diejenigen, die man zu den Spitzenverdiensten der Industrie rechnen könnte. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Glaswerk Schott & Genossen. Durch die Herstellung von optischem Glas weltbekannt geworden, ging die Entwicklung den gleichen Lauf wie im Zeißwerk. Andere Werke, die für die Metallindustrie Bedeutung haben, sind eine Maßstabfabrik und einige kleinere mechanische Betriebe. Ueberhaupt ist die Metallindustrie am Orte vorherrschend. Andere Industrien kommen in Jena nicht in Frage. Nicht unerwähnt soll der Ruf, den Jena als Buchhändlerstadt genießt, bleiben.

Die Arbeiterbewegung baut sich entsprechend der Verteilung der Industrien auf. Die größte und älteste Organisation ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit rund 3800 Mitgliedern, der Deutsche Eisenbahnerverband mit 700 Mitgliedern, der Glasarbeiterverband mit 400 Mitgliedern und der Fabrikarbeiterverband mit 500 Mitgliedern.

Die Parteibewegung war vor dem Kriege im steten Wachsen begriffen. Der unglückselige Bruderstreit, der auch in Jena mit ganz besonderer Schärfe ausgetragen worden ist und teilweise noch ausgetragen wird, hat schon oft dazu beigetragen, dem Bürgertum zu zeigen, daß das Proletariat nicht geschlossen marschiert. Am Orte selbst erscheinen als Organ der S. P. D. „Das Volk" und für die V. K. P. D. die „Neue Zeitung".

Stark ist die Genossenschaftsbewegung am Orte ausgebaut. Neben einer weitverzweigten Konsumgenossenschaft sind eine Anzahl Produktivgenossenschaften vertreten. Als solche sind zu nennen: Schneider, Sattler, Schuhmacher, Klempner, Maler, Zimmerer, Maurer und Glaser. Auch eine Genossenschaft, die bisher wenig bekannt war, wurde im Jahre 1911 in Jena gegründet. Die internationalen Arbeiterwanderer, die „Naturfreunde", gründeten eine Schutzhütten- und Ferienheimgenossenschaft zu dem Zwecke, billige Unterkunftsstätten zu schaffen, wo die Arbeitskollegen mit ihren Familien den Urlaub verleben können. Seit vorigem Jahre ist die Genossenschaft Pächterin eines großen Bergholzes bei Suhl in Thüringen, dem Stutenhaus. Der Andrang nach demselben beweist, daß derartige Einrichtungen von vielen Arbeitsbrüdern gern aufgesucht werden. Fast alle Gewerkschaften sind korporativ dieser Genossenschaft angeschlossen.

Nun zum Schluß noch einiges über die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Als erstes sei erwähnt die an unser Tagungslokal sich anschließende öffentliche Volkslesehalle, erbaut aus den Mitteln der Carl Zeißstiftung. In der Nähe befinden sich die großen industriellen Anlagen des Carl Zeißwerkes. Ein weiterer Bau, für den sich die Delegierten interessieren müssen, befindet sich nicht weit vom Volkshaus, am Johannisplatz. Es ist das Helm der Jenaer organisierten Arbeiterschaft, das Hotel G. m. b. H. zum Löwen. 1920 wurde es für 750 000 M käuflich erworben. Vor dem Kriege stand an derselben Stelle der „Alte Löwe", der in der Geschichte der Jenaer Arbeiterbewegung eine historische Bedeutung hat. Das Gewerkschaftshaus, eines der schönsten Gasthäuser Jenas nicht nur äußerlich, auch das Innere des stattlichen Gebäudes entspricht in allen Dingen den modernsten Anforderungen, die in unserer Zeit an ein Vereins- und Verkehrslokal gestellt werden können. Alle auswärtigen Freunde, die im letzten Jahre Jena und das neue Gewerkschaftshaus besuchten, waren des Lobes voll über die schönen Räumlichkeiten und Einrichtungen, aber auch über das, was ihnen die Bewirtschaftung bot. Wir hoffen, daß auch nicht ein einziger Delegierter Jena verläßt, ohne sich von der Richtigkeit dieser Angaben persönlich überzeugt zu haben.

Die Universität mit vielen wissenschaftlichen Instituten in Verbindung mit den Landeshellanstalten, erhalten große Zuschüsse aus dem Universitätsfonds der Carl Zeißstiftung. Diese Leistungen werden aber nur solange fortgesetzt, als die Dozenten der Universität volle Lehrfreiheit genießen und in der Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen und persönlichen Rechte nicht beschränkt sind. Ein sehr interessantes und in seiner Eigenart einziges Museum ist das von Ernst Häckel gegründete Phyletische Museum, das uns die gesamte Entwicklungslehre von Tier zu Mensch zeigt.

Kollegen! Diese kurze gedrängte Schilderung soll euch andeuten, wie die Verhältnisse am Tagungsorte liegen. Die Tagesordnung, die ihr in Jena erledigen sollt, ist umfangreich und schwierig, trotzalledem wird es möglich sein, unser altes närrisches Reit, wie es Goethe einst nannte, kennen zu lernen.

Der neunte internationale Metallarbeiterkongreß

Dritter Tag. (Schluß.)

Es folgt die Beratung des Bundesstatuts. Hierzu liegt der Entwurf der Exekutive vor, ferner ein Antrag der Engländer und Holländer. Der Entwurf sieht im § 7 als Beitragsleistung vor, den Arbeitsverdienst von 9 Arbeitsstunden pro 1000 Mitglieder im Jahr zu erheben. Die Engländer beantragen 15 Schilling pro 1000 Mitglieder im Jahr. Sie legen die Pfundwährung zugrunde, die keinen Kursschwankungen unterworfen sei. Nach ausgiebiger Debatte einigt man sich auf den Vorschlag Ilg: „Der Jahresbeitrag für das Tausend Mitglieder ist der Betrag eines Arbeitslohnes eines qualifizierten Arbeiters für 8 Stunden eines jeden Landes, jedoch nicht mehr als 15 Schilling."

Der § 9 erhält nachfolgende Fassung, der mit dem Antrag zu Artikel 9 einstimmig angenommen wird:

Der Bund pflichtet entschieden der Auffassung bei, daß jede einzelne Organisation es als wesentlich für ihr Bestehen erachten soll, sich Mittel zu Verteidigungs- und Angriffszwecken zu verschaffen und daher darauf bedacht sein muß, daß die in den Statuten vorgesehenen Beiträge und Erhebungen genügen. Ferner macht es sich der Bund zum Grundsatz, daß zwangsweise Erhebungen für gewöhnliche Streiks und Aussperrungen mit reinem Verbands- und örtlichem Gepräge nicht die Angelegenheit des Bundes als solcher sein kann.

Zugleich anerkennt der Bund, daß unter außergewöhnlichen Umständen und vorausgesetzt, daß die geeigneten Vorsichtsmaßregeln zur Sicherung des Erfolges getroffen werden, das Zentralkomitee berechtigt ist, die Erhebung eines Extrabeitrages bis zum Betrage eines Stundenlohnes pro Jahr und Mitglied zu beschließen.

Als Höhe des Stundenlohnes gilt für die Extrabeiträge für jede Landesorganisation der gleiche Betrag wie für die ordentlichen Bundesbeiträge.

Zur Gültigkeit eines solchen Beschlusses bedarf es der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Zentralkomitees.

Antrag zum Artikel 9 der Statuten.

Der Kongreß nimmt Kenntnis von der Erklärung der britischen Sektion, daß es ihr laut statutarischen Bestimmungen unmöglich sei, dem Art. 9 der Statuten zuzustimmen, bevor derselbe ihren Mitgliedern unterbreitet werde.

Der Kongreß beauftragt die britische Abteilung, den Art. 9 ihren Mitgliedern sobald als möglich zur Abstimmung in empfehlendem Sinne zu unterbreiten. Der Kongreß empfiehlt Art. 9 der Statuten den Mitgliedern der britischen Abteilung zur Annahme und rechnet auf das Solidaritätsgefühl der britischen Metallarbeiter.

Ferner hofft der Kongreß, daß die Vorstände und Leiter der britischen Metallarbeiterorganisationen alles daransetzen werden, damit der Art. 9 die Zustimmung der organisierten britischen Metallarbeiter finde.

Eine von Merrheim (Frankreich) eingebrachte **Resolution** wird in folgender Fassung angenommen:

Der 9. internationale Metallarbeiterkongreß protestiert lebhaft und einstimmig gegen die Verweigerung des Paßvisums an die russischen Delegierten seitens der schweizerischen Bundesregierung.

Er ist der Meinung, daß solche Maßnahmen, die von irgendeiner Regierung ergriffen werden, im Gegensatz zu den Grundsätzen des Rechts und der Freiheit sind, auf die der Kongreß sich stützt. Er erinnert jedoch die russischen Delegierten daran, daß ihre eigene gegenwärtige Regierung sich zu wiederholten Malen geweigert hat, die Einreisebewilligung an amerikanische Delegierte und besonders an diejenigen des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam zu gewähren, die den Auftrag erhalten hatten, sich nach Rußland zu begeben.

Der Kongreß erklärt sich mit dem im Monat März vom Zentralkomitee gefaßten Beschluß in bezug auf die Zugehörigkeit zum Internationalen Metallarbeiter-Bund einverstanden.

Brandes (Deutschland) begründet namens der Kommission über die Arbeitszeit die unterbreitete Resolution, in der auf die Frage des Achtstundentages und der Überstunden aufmerksam gemacht wird, als eine in der gegenwärtigen Zeit der Arbeitslosigkeit dringliche Forderung. Die vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme:

Der Kongreß bestätigt den Beschluß des Zentralkomitees vom 17. März 1921, betreffend Krisis, Lohnabbau und Arbeitszeit. Er stellt fest, daß die Krisis mit ihrer Verelendung der Arbeiterschaft sich seitdem erheblich verschärft hat. Der Kongreß fordert deshalb von den angeschlossenen Landesorganisationen die Befolgung des vorstehend genannten Beschlusses, insbesondere die Einhaltung des Achtstundentages als Maximalgrenze der täglichen Arbeitszeit. Der Kongreß sieht in der Leistung von Überstunden, soweit sie nicht in der Folgezeit durch entsprechende Freizeit abgelöst werden, eine große Gefahr für den Achtstundentag, die energisch zu bekämpfen ist.

Der Kongreß fordert schließlich von den angeschlossenen Organisationen eine systematische Aufklärungsarbeit für die Notwendigkeit der Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische, da erst mit Einführung der letzteren dem Elend der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiete das Ende bereitet wird.

Eine zwischen Franzosen und Belgiern aufgetretene Grenzstreitigkeit, die auch typisch ist für andere Grenzgebiete, wurde durch die nachstehende, gegen zwei Stimmen angenommene **Erklärung** geregelt:

Der 9. internationale Metallarbeiterkongreß stellt fest und erklärt kategorisch, daß es die Pflicht aller Metallarbeiter, welcher Nationalität sie angehören mögen, ist, gegenüber dem Unternehmer oder der Gesellschaft, für die er arbeitet, organisiert zu sein. Er bestätigt die Artikel 31 und 32 der internationalen Verbandsstatuten. Der Kongreß beschließt, daß alle Arbeiter der Metallindustrie, die sich in ein anderes Land begeben, um zu arbeiten, a) sei es täglich, b) sei es für eine längere Zeitdauer, und die nachher in ihr Land zurückkehren, obligatorisch sich an die Gewerkschaft oder die gewerkschaftliche Sektion der Ortschaft oder der Stadt, in welcher sie arbeiten, anschließen müssen. Daß sie gezwungenermaßen alle materiellen und moralischen Verpflichtungen, welche in den Statuten der lokalen Organisation vorgesehen sind, erfüllen und respektieren müssen.

Von der österreichischen Delegation wurde nachfolgende Resolution eingebracht, die begeisterte Zustimmung fand. Sie soll überdies der Amsterdamer Internationale zur Mitbeachtung überwiesen werden:

Die österreichische Delegation zum internationalen Metallarbeiterkongreß in Luzern lenkt die Aufmerksamkeit der Metallarbeiterinternationale und der gesamten Arbeiterschaft auf das Schicksal der vom Wüten der ungarischen Konterrevolution betroffenen Kollegen.

Die erfreuliche Nachricht von der durch das ungarische Parlament beschlossenen Begnadigung, vor allem unserer zu schweren Freiheits-, ja Todesstrafen verurteilten Kollegen, wird durch die daran geknüpfte unmögliche Bedingung, daß die Begnadigten unbedingt und dauernd in Rußland Aufenthalt nehmen müssen, fast wertlos gemacht. Die Transferierten, unkundig der Verhältnisse und der Sprache des Landes, müßten auch weiterhin von ihren Familien getrennt leben. Die Begnadigung wird auf die Art nur zu einer Fortsetzung der Strafe in anderer, wenn auch gelinderer Form. Deshalb fordert der internationale Metallarbeiterkongreß, daß von dieser Bedingung Abstand genommen werde. Der Kongreß beauftragt das Bundessekretariat, alle der Erreichung dieses Zweckes dienlichen Schritte zu unternehmen.

Der Kongreß begrüßt die Funktionäre des ungarischen Metallarbeiterverbandes, die Kollegen Dovcsák, Bajáki und Haubrich, und mit ihnen alle übrigen internierten Metallarbeiter in ihrer Freiheit und versichert dieselben, ihrer der proletarischen Revolution und dem sozialistischen Kampfe geleisteten Dienste eingedenk zu bleiben und dies durch solidarische Hilfe bei Auffindung und Schaffung eines neuen Lebensunterhalts bekunden zu wollen. Wegen der materiellen Unterstützung der Kollegen wird das Bundessekretariat bei den dem Bunde angeschlossenen Verbänden die notwendigen zweckdienlichen Schritte unternehmen.

Zu einer grundsätzlichen Aussprache gestalteten sich die Verhandlungen über die Resolutionen zur Verhinderung von Kriegen und zur Frage der Friedensverträge. Nachdem sie **Merrheim** (Frankreich) dem Kongreß unterbreitet und begründet hatte, weist er auf die in Kopenhagen gefaßten Beschlüsse hin und fordert eine rege Propaganda zur Überführung der Kriegs- in die Friedensproduktion.

Stein (Österreich): Die Engländer und Italiener sind zum ersten Mal auf dem Kongreß anwesend, darum ist es notwendig, daß die Beschlüsse des Zentralkomitees in der Friedensfrage bestätigt werden. Die kapitalistischen Klassen haben durch ihre Friedensverträge einen Wiederaufbauplan aufgestellt, zu dem wir als Metallarbeiter nicht schweigen dürfen. Die amerikanischen und italienischen Kollegen fordern die Beseitigung der Munitionsindustrie, dies bedingt, zu den brennenden politischen Fragen offene prinzipielle Stellung zu nehmen. Von unserm Kongreß, als die Vertretung der bedeutendsten internationalen Berufsorganisation, müssen auch Anregungen an die Amsterdamer Internationale gehen. Nehmen wir die Resolutionen an, so geben wir eine grundsätzliche Willenserklärung der Metallarbeiter, die organisatorisch und propagandistisch von hoher Bedeutung ist.

Nixon (England) hält eine bedeutungsvolle Friedensrede und spricht sich für Annahme und strikte Befolgung der beiden Resolutionen aus. Die Herbeiführung des dauernden Weltfriedens ist der größte Segen für die Menschheit. Wir dürfen nicht nur unsern Willen zum Frieden zum Ausdruck bringen, sondern müssen den Willen in die Tat umsetzen. Wir sind nicht auf den Kongreß gekommen, um nur eine Resolution anzunehmen, die Resolution soll für uns ein Evangelium sein, für deren Forderung wir bei jeder Gelegenheit eintreten, auf deren Inhalt wir fortgesetzt die Arbeiter hinweisen, ihnen die Forderungen des Friedens fortgesetzt klarmachen und in Hirn und Herzen einhämmern. So wirken wir für den Frieden und machen die Arbeitermassen reif, in kritischen Stunden entschlossen gegen die Kriegstreibereien der kapitalistischen Cliquen zu kämpfen. An dem Kampf gegen den Krieg sind die Arbeitermassen aller Länder gleichmäßig interessiert, so ist auch ein einheitliches Handeln erforderlich. Die Beschlüsse können in einigen Monaten nicht verwirklicht werden, dies wissen wir, dies soll uns aber Ansporn sein, tatkräftig und entschlossen für sie zu wirken.

Dißmann (Deutschland) drückt seine Befriedigung darüber aus, daß dieser Frage mehr und mehr Verständnis entgegengebracht wird, die für die Metallarbeiter, die dazu verurteilt waren, die Kriegsgeräte herzustellen, von besonderer Bedeutung ist. Wenn die Metallarbeiter die innere Kraft und Geschlossenheit gehabt hätten, dann wäre eine Fortführung des Krieges unmöglich geworden. Der in den Resolutionen ausgesprochene Gedanke muß Gemeingut aller, auch der nicht in den Weltkrieg verwickelt gewesenen Arbeiter werden. Ebenso aber wie der Krieg eine Methode brutaler Gewalt, so sind auch die Friedensverträge Ausfluß derselben Methode und treffen darum die Arbeiter **aller** Länder. Der Redner weist auf die ungeheuer gesteigerten Steuerlasten in allen Ländern hin, betont den Willen der deutschen Arbeiterschaft, die Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich wiedergutzumachen, wirft aber die Frage auf, ob es für das französische und belgische Volk nicht viel besser wäre, wenn die vielen Milliarden, die Deutschland für die Besatzungsausgaben dem Militarismus hingeben müsse, für aufbauende Zwecke Verwendung fänden. Er weist dann auf die Behandlung des oberschlesischen Problems hin. Nachdem man jahrelang als das angebliche Kriegsziel das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinausposaunt habe, spiele man jetzt mit der Bevölkerung wie mit Schachfiguren.

Angesichts der vorliegenden Resolutionen müsse man wohl die Frage aufwerfen, was mit den Arbeitern geschehen solle, die gegenwärtig in der Kriegsindustrie beschäftigt sind. Doch darauf sei zu erklären: Der Krieg bringt nicht Arbeit, sondern er zerstört wertvolle Kulturarbeit und dieser nützlichen Kulturarbeit müssen nach und nach alle Kräfte zugeführt werden. Der Redner schließt: **Nehmen wir diese Resolutionen an, so sollen es nicht Worte sein, sondern dahinter müssen die ganze Kraft und der feste Willen der Metallarbeiter der ganzen Welt stehen.**

Die einstimmige Annahme beider nachstehenden Resolutionen wird von dem ganzen Kongreß mit großer Begeisterung aufgenommen.

Resolution zur Frage der Friedensverträge.

Der 9. internationale Metallarbeiterkongreß lenkt erneut die Aufmerksamkeit der Metallarbeiter aller Länder auf die im August v. J. in Kopenhagen gefaßten Beschlüsse. Die dort angenommene Resolution verwirft den Krieg, verurteilt jede Besetzung wie jede Vergewaltigung der Neutralität oder Unabhängigkeit eines Landes und weist jede offene oder versteckte Intervention der Regierung eines Staates in das Recht anderer Völker zurück.

Der bereits in Kopenhagen als ungerecht bezeichnete imperialistische Frieden von Versailles und St. Germain erfuhr inzwischen seine Auswirkung in der Besetzung weiterer deutscher Städte, schwerster Reparationsbedingungen, neuer Zollgrenzen und anderer wirtschaftlichen Erschwerungen, den gewaltsam verhinderten, nach Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker angestrebten Anschluß der deutsch-österreichischen an die deutsche Bevölkerung u. a.

Die Vernichtung des Wirtschaftslebens durch den Krieg, der alte, wichtige Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und Einheiten zerriß, wirkt aufs schwerste nach und alle künstlich ersonnenen Mittel zur Wiederaufrichtung versagen. Die Völker sind gegenwärtig von einer schweren Krise getroffen, die eine unmittelbare Wirkung durch die zwangsläufig wiederaufgerichtete und durch Gewaltmaßnahmen geschützte kapitalistische Wirtschaft erhält und den Arbeitern zeigt, daß nur der revolutionäre, vom Massenbewußtsein getragene Klassenkampf ihre Befreiung in der Verwirklichung des Sozialismus zeitigen kann.

Der 9. internationale Metallarbeiterkongreß bestätigt die in bezug auf die Friedensverträge und kriegerischen Handlungen am 17. März 1921 vom Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiter-Bundes gefaßten Beschlüsse.

Der Kongreß fordert alle dem Internationalen Metallarbeiter-Bund angeschlossenen Organisationen auf, mit allen Kräften und in engster Gemeinschaft mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam im Sinne des vorstehenden Beschlusses zu wirken, und beschließt, die Resolution an die Amsterdamer Internationale weiterzuleiten.

Resolution zur Verhinderung des Krieges.

Die vom 9. Kongreß des Internationalen Metallarbeiter-Bundes eingesetzte Kommission schlägt nach Prüfung des amerikanischen und italienischen Antrages folgende Resolution vor:

Der 9. Kongreß des Internationalen Metallarbeiter-Bundes erinnert alle Organisationen und alle Metallarbeiter der dem Bunde angeschlossenen Länder an die durch den 8. Kongreß des I.M.B. vom 23. August 1920 gefaßte Resolution, die damals schon die Pflicht der Arbeiter im Kriegsfall präzisierte, indem sie sagte:

„Wir anerkennen die Gemeinschaft der proletarischen Interessen und der solidarischen Aktion (Internat. Gewerkschaftsbund).

Der 8. Kongreß des I.M.B. ladet alle Länder ein, ihre Solidarität gegenüber ihren Klassengenossen dadurch zu bezeugen, indem sie die Fabrikation von Waffen, Munition und Kriegsmaterial irgendwelcher Art verweigern, indem sie die Bestellungen überwachen und die Eisenbahner und Transportarbeiter in ihrer Weigerung, Truppen, Waffen und Munition zu befördern, unterstützen."

Der am 10. August 1921 in Luzern versammelte 9. Kongreß bestätigt diesen Teil der Kopenhagener Resolution und fordert außerdem die Metallarbeiter aller Länder auf, in enger Verbindung mit der gesamten Arbeiterklasse den Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus fortzusetzen, so daß die in der Munitions- und Kriegsmaterialherstellung bisher tätigen Arbeiter in der Friedensproduktion, welche der Zivilisation und dem materiellen Wohl der Arbeiter dient, Beschäftigung finden.

Aus diesem Grunde verpflichtet der Kongreß alle angeschlossenen Sektionen, die Propaganda zu steigern, damit man dazu gelangt, die Kriegsfabrikation stufenweise durch die Friedensproduktion zu ersetzen.

Der Kongreß beschließt und beauftragt das Sekretariat des I.M.B., eine Statistik einzuleiten, um die wirkliche Arbeiterzahl jeder Nation festzustellen, die mit der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichem Kriegsgerät beschäftigt ist.

Der 9. Kongreß verpflichtet jede Nation, dem Sekretariat des I.M.B. diese Auskunft zu erteilen, indem gleichzeitig genau angegeben wird, wieviel Arbeiter in der Fabrikation von Munition, Gewehren, Geschützen, Flugzeugen, Kriegsschiffen usw. beschäftigt werden und das Kräfteverhältnis ihrer Organisation.

Ferner erinnert der 9. Kongreß daran, daß die Kopenhagener Resolution „die Metallarbeiter der ganzen Welt auffordert, jedem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen den Krieg Folge zu leisten".

Der Kongreß bestätigt neuerdings diese Resolution in der Überzeugung, daß nur die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Proletariats eine Wiederkehr des Krieges verhindern kann.

Auf Vorschlag des Exekutivkomitees wird einstimmig als **Bundessitz** die **Schweiz** und zum **internationalen Sekretär** Genosse **Ilg** wiedergewählt. Vorort ist wieder Bern. In das Exekutivkomitee wählt der Kongreß ebenfalls einstimmig **Brownlie** (England), **Dißmann** (Deutschland), **Merrheim** (Frankreich) und **Hansen** (Skandinavien).

Der Vorsitzende **Reichel** (Deutschland) würdigt in seiner Schlußansprache die Arbeiten des Kongresses. 3¾ Millionen Metallarbeiter sind in unserer Internationale vereinigt. Der Kongreß habe ein klares Bekenntnis zur Amsterdamer Internationale abgelegt und dadurch bewiesen, daß sich die Eiserne Internationale als ein Glied der geschlossenen großen Arbeiterfamilie fühle.

Besonderen Dank spricht er den Schweizer Kollegen für die vorzügliche Organisierung des Kongresses und ihre herzliche Gastfreundschaft aus. Mögen auf dem nächsten Kongreß die noch fehlenden Länder vertreten sein und die Kette des Weltproletariats restlos geschlossen werden.

Nach dankenden Worten der Kollegen **Brownlie** und **Daves** (England) und des Sekretärs Kollege **Ilg** (Bern), stimmen die Engländer ihr revolutionäres Arbeiterlied an, danach wird unter den Klängen der „Internationale" der Kongreß geschlossen.

Produktionskontrolle

Mit diesem Thema befaßte sich in Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung der Kollege Brüntink (Gelsenkirchen) und in Nr. 32 der Kollege Meyer (Duisburg). Die Ausführungen des letzteren dürfen seitens der Betriebsräte nicht unwidersprochen bleiben. Kollege Meyer ist der Auffassung, es ist nichts leichter als eine Durchführung der Produktionskontrolle, und führt ein Hüttenwerk als Beispiel an. Nach seinen Ausführungen braucht man sich nur mit einem Notizbuch und Stift zu bewaffnen, um die Zahlen von den angebrachten Tafeln abzuschreiben. Aber diese Tafeln sind seit mehr als Jahresfrist verschwunden und alles wird gebucht. Besonders dort verschwunden, wo man merkte, daß die Betriebsräte sich mit der Produktionskontrolle beschäftigen. Nehmen wir jedoch an, die Sache klappte wirklich so, wie Kollege Meyer sich vorstellt, hätte man dann wirklich die Kontrolle der Produktion durchgeführt? Nein. Im Hüttenwerk jedenfalls nicht, denn zur Kontrolle gehören auch die Kosten der Produktion. Es fehlen uns da noch mancherlei Zahlen, zum Beispiel der Verlust an Koks, Erz usw. während des Lagerns. Ferner die Unkosten für Transport (Eisenbahn im Betrieb), der Verlust an Abfall, der Preis für Schrott und sonstiges Material, denn mit Roheisen allein kann man nicht produzieren; Verbrauch der Maschinen und des Materials. Kurz, die gesamten Unkosten, Löhne und Gehälter. Die Betriebsräte der Hütteninduſtrie werden wissen, daß die Produktionskontrolle nicht die leichteste, sondern die schwerste Aufgabe der Betriebsräte ist.

Kollege Brüntink wirft in seinem Artikel die Frage auf: „Wo anfangen?" Kollege Meyer sagt: „Bei den Vertrauensleuten liegt der Schlüssel, das Problem zu lösen." Ich stehe ebenfalls auf dem Standpunkt, und mit mir wohl sämtliche Betriebsräte, daß den Betriebsräten ein Stamm Mitarbeiter geschaffen werden muß. Daß dieses durch Schulung der Vertrauensleute geschehen muß, ist ohne weiteres klar. Diese Schulung würde sich leichter durchführen lassen, wenn sich die alten Kollegen, welche eine gewerkschaftliche Schulung haben und durch den Parteihader arbeitsmüde geworden sind, wieder zusammenfinden würden. Die Betriebsräte selbst müßten sich mehr und mehr mit dem Produktionsprozeß vertraut machen. Denn wenn man die Produktion kontrollieren will, muß man auch den Werdegang der Produktion kennen. Dazu gehört nicht allein das Wissen, wie ein Hochofen oder Martinofen funktioniert, sondern auch wie die Maschinen arbeiten, in welcher Verbindung sie mit den Öfen stehen usw.

Aber nicht die Vertrauensleute und Betriebsräte allein werden das Problem lösen, sondern wir brauchen dazu auch noch andere, und zwar die Kollegen der Afa. Suchen wir diese Kollegen zu Mitarbeitern zu gewinnen, und wir sind ein gut Stück vorwärts gekommen. Darum muß die weitere Losung heißen: Vereinigung der Kopf- und Handarbeiter in Industrieverbänden. Da liegt meines Erachtens der Schlüssel, das Problem der Produktionskontrolle zu lösen. Ehe diese Vorbedingungen zur Produktionskontrolle nicht geschaffen sind, bleibt das Wort Produktionskontrolle, wie Kollege Brüntink sagt, nur ein Schlagwort.

Friedrich Günther (Duisburg).

Der amerikanische Maschinenbauerverband als Handelsagent

Der amerikanische Maschinenbauerverband hat vor kurzer Zeit eine eigene Bank gegründet, um die Ersparnisse der Mitglieder und die Bestände der Gewerkschaften nutzbringender zu verwenden. Diese Bank verdankt ihre Entstehung dem Umstand, daß eine Maschinenbauanstalt, die nach heftigem Kampfe einen Tarifvertrag mit dem Verbande abgeschlossen hatte, durch die Machenschaften anderer Fabriken, Kredit- und Materialsperre u. dergl., an den Ruin gebracht worden war. Es blieb ihr nur die Möglichkeit, den Bankrott zu erklären oder die Verbindung mit der Gewerkschaft wieder aufzugeben und damit den Frieden mit der Unternehmerorganisation zu schließen. In diesem Augenblick stellte der reiche Maschinenbauerverband den nötigen Bankkredit und rettete dadurch das Unternehmen und seinen Tarifvertrag. Dieser Erfolg ist seitdem oft wiederholt worden und gab den Führern die Hoffnung, das Großkapital durch seine eigene Waffe, das Kapital, bekämpfen zu können. Die Bank der Maschinenbauer hat denn auch in wenigen Monaten schon eine beträchtliche Ausdehnung gewonnen, während andere Gewerkschaften ein ähnliches Vorgehen planen.

Neuerdings hat der Verband, zum Teil mit Hilfe seiner Bank, auch eigene Handelsbeziehungen angeknüpft. So hat er soeben mit der mexikanischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, wonach er der alleinige Handelsvertreter der mexikanischen Regierung in den Vereinigten Staaten wird. Die mexikanische Regierung, die sich in den Händen der Arbeiter befindet, wird in den ihrer Kontrolle unterstehenden Betrieben nur solche Produkte verwenden, die von Organisierten hergestellt sind. Die Organisation will in den Vereinigten Staaten große Mengen landwirtschaftlicher Maschinen und modernes Eisenbahnmaterial für Mexiko beschaffen und dabei nur solche Fabriken berücksichtigen, welche die gewerkschaftlichen Bedingungen erfüllen.

Nach den Mitteilungen des Vorsitzenden William Johnston sind ähnliche Verhandlungen mit der russischen Regierung im Gange und man hegt die Hoffnung, daß auch nach der Seite hin sich mit Hilfe der Gewerkschaften rege Handelsbeziehungen anknüpfen werden.

Eine andere amerikanische Organisation, die der Textilarbeiter, hat sich ebenfalls in das Lager der Fabrikanten begeben. So hat man eine Seidenspinnereigesellschaft mit einem Kapital von 3 Millionen Dollars gegründet, dessen Anteile in der Hauptsache in den Händen der Mitglieder des Verbandes und anderer Gewerkschaften sich befinden. Auf Vorschlag von Sachverständigen ist eine große Fabrik gekauft worden, die rund 500 Arbeiter beschäftigt, welche sämtlich auch Mitinhaber des Betriebes sind. Die bisherigen Arbeitsbedingungen sollen zunächst nicht wesentlich geändert, doch die allgemeinen gewerkschaftlichen Vorschriften durchgeführt werden.

Die große Eisenbahnerorganisation hat ebenfalls eine eigene Bank gegründet.

ab.

13. Bundesausschußsitzung des A. D. G. B.

vom 16. bis 18. August 1921

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Fritz Schrader in der üblichen Weise geehrt.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes wurde vom Vorsitzenden Leipart in längeren Ausführungen mündlich ergänzt. Leipart berichtete über die derzeitige Lage in Oberschlesien, über den Stand der Arbeitslosigkeitsbekämpfung, über die zur Behebung des Notstandes in Rußland eingeleiteten Maßnahmen des Vorstandes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes sowie über eine Reihe interner Verwaltungsangelegenheiten. Nach längerer Aussprache wurden die Maßnahmen des Bundesvorstandes auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeitsfrage gutgeheißen. Die früheren Beschlüsse des Bundesausschusses, betr. Aufbringung eines Hausbaufonds, wurden bestätigt und der Vorstand ermächtigt, ein Mitteilungsblatt zur Information der Ortsausschüsse herauszugeben.

Spliedt berichtet im besonderen über die Arbeitslosenfrage. Momentan sei ein Zurückgehen der Erwerbslosenziffer zu beobachten. In anderen Ländern zeigt die Statistik eine gesteigerte Erwerbslosigkeit. Besonders stark wird in Deutschland Berlin und Sachsen von Arbeitslosigkeit betroffen. Berlin stellt allein 30 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen im Reich und beherberge 61 Prozent aller in Preußen Arbeitslosen. Die Arbeitsbeschaffung in Berlin sei rückständig, was sich aus der ungünstigen Finanzlage der Reichshauptstadt erkläre. Neuerdings seien für die Fortsetzung der Nord-Südbahnarbeiten 180 Millionen Mark Reichszuschuß zur Verfügung gestellt worden, so daß hiervon eine Belebung der Arbeitstätigkeit zu erwarten sei.

Der Redner schildert die großen Schwierigkeiten, die die Arbeitgeberverbände den Gewerkschaftsvertretern bei der Kontrolle der für produktive Erwerbslosenfürsorge ausgegebenen Aufträge bereiten. Insbesondere verweigern sie jede Auskunft darüber, an welche Firmen diese Aufträge vergeben werden. Auch die Arbeitsstreckung stößt verschiedentlich auf Widerstände, selbst bei den Arbeitnehmern, vor allem in den Eisenbahnwerkstätten.

Im Baugewerbe macht sich zurzeit mancherorts ein Mangel an gelernten Bauarbeitern, insbesondere Maurern, bemerkbar, zu dessen Behebung die Organisationen des Baugewerbes geeignete Schritte beraten müßten, sei es durch Heranziehung ehemaliger Bauhandwerker aus anderen Industrien, durch Anlernung von Bauhilfsarbeitern oder durch größere Einstellung von Lehrlingen. Der Tätigkeit des Bundesvorstandes wurde zugestimmt.

Nach einem weiteren Referat Leiparts wurde zu den neuen Preissteigerungen Stellung genommen. Das Ergebnis des Referats und der Diskussion wurde in nachfolgenden Entschließungen zusammengefaßt:

I.

Die von der Mehrheit des Reichstages beschlossene Brotverteuerung bedeutet eine schwere Gefährdung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die Erhöhung der Kohlensteuer und die neuen Steuerpläne der Regierung vermehren die Gefahren für die Existenz der Arbeiter in ungeheurem Maße. Der Ausschuß des A.D.G.B. ruft deshalb die deutsche Arbeiterschaft auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

Die Gewerkschaften, die rechtzeitig gewarnt und die Brotverteuerung vergeblich bekämpft haben, haben jetzt die Pflicht, den Kampf der Arbeiter um ausreichende Lohnerhöhungen mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegung ist Aufgabe der einzelnen Verbände, denen hierbei die Pflicht obliegt, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzuhalten. Der Vorstand des A.D.G.B. wird beauftragt, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten. Die eingeleitete Verbindung mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ist aufrechtzuerhalten, um der Bewegung durch eine geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger einen um so größeren Erfolg zu sichern.

Die Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige werden gewarnt, nicht durch Abweisung der notwendigen Lohnforderungen große Arbeitskämpfe und die daraus sich ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorzurufen. Ernste Pflicht der Regierungen und Behörden sowie aller derjenigen, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, ist es, der Arbeiterschaft in ihrem Existenzkampf tatkräftig beizustehen.

II.

In dem Maße, als die Preissteigerungen eine Erhöhung des Lohneinkommens bedingen, müssen auch die aus Unfall-, Alters- und Invalidenrenten bestehenden Einkommen, die schon lange hinter der Teuerung weit zurückgeblieben sind, sowie die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und der Kranken aufgebessert werden. Die Gewerkschaften fordern von den verantwortlichen Verwaltungsbehörden und den parlamentarischen Vertretungen des Volkes in Reich, Ländern und Gemeinden, daß sie sich ihrer Pflicht auch gegenüber diesen Notleidenden bewußt sind und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Maßnahmen mit Eile beschließen.

III.

Die Gewerkschaften verurteilen, daß die neuen Steuerpläne der Reichsregierung vorwiegend den Verbrauch belasten sollen. Dieser Weg führt lediglich zu neuen ungeheuren Preissteigerungen, die ihrerseits die Steuereinnahmen des Reiches zum größten Teile wieder aufzehren, und rückt den Reallohn der Arbeiterschaft weiter herab.

Die Riesenleistungen, die das Reich jetzt aufzubringen hat, dürfen nicht in bisher gewohnter Weise auf den letzten Verbraucher abgewälzt werden. Es ist vielmehr ein Steuersystem zu fordern, das in erster Linie die von der Geldentwertung seither unberührt gebliebenen Sachwerte, insbesondere die in Industriewerten und im Boden ruhenden Kapitalwerte erfaßt, sie zugunsten des Reiches belastet und das Reich an den Erträgnissen des mobilen und immobilen Kapitals teilnehmen läßt.

Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Steuergesetzgebung Wege eingeschlagen werden, die eine Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden ermöglichen ohne weitere Zuhilfenahme der Notenpresse. Denn die Vermehrung der Papiergeldflut ist eine der ersten Ursachen der Preissteigerungen und das größte Hindernis eines wirksamen Preisabbaues.

IV.

Um in Zukunft weitere Preissteigerungen und die damit fortschreitende Verarmung der Volksmassen zu verhindern, ist eine Änderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) unabweisbar. Das nächste Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik muß sein, den Produktionsertrag erheblich zu steigern, die Unkosten aber zu verringern und dadurch die Produkte zu verbilligen. Beides ist möglich in einer Wirtschaftsordnung, die alle Kräfte und Hilfsquellen in rationeller Weise der Produktion nutzbar macht, die inneren Reibungen unwirtschaftlicher und übertriebener Wettbewerbsverhältnisse beseitigt und die einzelnen bisher zusammenhaltlosen oder nur nach Profitinteressen zusammengefaßten Wirtschaftszweige organisch und gemeinwirtschaftlich verbindet.

Die Not des deutschen Volkes und der Zwang zur Sparsamkeit verbieten es, die Vergeudung von Material und Kräften fortzusetzen, die mit der unorganisierten, nicht auf die Bedarfsdeckung, sondern auf Gewinnerzielung eingestellten Einzelbetriebswirtschaft verbunden ist.

Indem die Gewerkschaften eindringlich auf diese Notwendigkeiten hinweisen, fordern sie die verantwortlichen Stellen im Reiche auf, die geeigneten Wege zu suchen und vorzuschlagen, die zu einer solchen Umstellung der Wirtschaft führen können. Sie erklären selber sich bereit, mit ihren Kräften an der baldigen Lösung dieser Aufgabe mitzuwirken.

Danach nahm der Bundesausschuß Stellung zu den Gesetzentwürfen einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes. Der Referent Umbreit berichtete zunächst über die leitenden Prinzipien des in Ausarbeitung befindlichen einheitlichen Arbeitsrechtes, das vor allem den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen weitgehenden Einfluß auf die Weiterentwicklung und Verwaltung des Arbeitsrechtes übertragen soll. Daraus ergibt sich nicht nur die Pflicht zu positiver Mitarbeit, sondern auch ein höheres Maß von Verantwortung und Selbstbeschränkung, um die Selbstverwaltung möglichst reibungslos durchzuführen.

Der Redner unterbreitete zwei Resolutionen zur Schlichtungsordnung und zum Arbeitsnachweisgesetzentwurf, während eine abschließende Stellungnahme zum Tarifvertragsgesetz noch nicht beabsichtigt war. In der Debatte wurden vielfach schwere Bedenken gegen die einschränkenden Bestimmungen der Schlichtungsordnung geltend gemacht und an deren Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat Kritik geübt. Es wurde denn auch von einer endgültigen Stellungnahme des Bundesausschusses zur Schlichtungsordnung noch abgesehen und ein Ausschuß von 7 Vertretern zur weiteren Durchprüfung dieses Gesetzentwurfes eingesetzt, dem auch zugleich der Tarifvertragsgesetzentwurf zur näheren Prüfung überwiesen wurde. Die vorgelegte Entschließung zum Arbeitsnachweisgesetz wurde einstimmig angenommen:

„Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bedauert, daß in dem vorliegenden Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes der Grundsatz der Selbstverwaltung der Arbeitsnachweise gegenüber den Herrschaftsansprüchen der Gemeindeverwaltungen so wenig Anerkennung gefunden hat. Um so mehr, als die Interessenten der Arbeitsvermittlung zwei Drittel der gesamten Kosten im Wege der Arbeitslosenversicherung aufbringen sollen. Der Bundesausschuß warnt dringend vor jeder Bürokratisierung der Arbeitsvermittlung, weil sie die letztere ihrer eigentlichen Aufgabe entfremdet und schwere Mißstimmung in allen Kreisen des Wirtschaftslebens schafft.

Er bedauert ferner die Nichtaufnahme der allgemeinen Meldepflicht und des Benutzungszwanges und verurteilt es entschieden, daß wiederum die Vertreter der Minderheitsgewerkschaften gegen diese Grundbedingungen jeder öffentlich-rechtlichen Arbeitsvermittlung aufgetreten sind.

Der Bundesausschuß ersucht die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat, in ihrem Bestreben, den Entwurf gewerkschaftlichen Forderungen entsprechend umzugestalten, nicht zu erlahmen, und erwartet schließlich von den Arbeiterparteien des Reichstages, daß auch sie jeder Bürokratisierung des Arbeitsnachweiswesens energisch Widerstand leisten."

Die Organisationsbeziehungen zum Deutschen Beamtenbund wurden einer energischen Erörterung unterzogen. Gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Bundesausschuß des A.D.G.B. hat von der Entschließung des Deutschen Beamtenbundes Kenntnis genommen. Er hält unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse an der Auffassung fest, daß das vorgelegte Abkommen der beiderseitigen Vorstände eine geeignete Grundlage für ein Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen bildet. Er erwartet baldige Wiederaufnahme der vom Deutschen Beamtenbund in Aussicht gestellten Verhandlungen.

Sollte in angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande kommen, so wird der Vorstand des A.D.G.B. beauftragt, mit den beteiligten Verbänden und dem Afa-Bund in Verhandlungen zu treten, um die Grundlagen für eine gewerkschaftliche Beamtenbewegung im Anschluß an den A.D.G.B. und Afa-Bund zu schaffen."

Die Satzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sieht zwischen dem Bundesvorstand und den Ortsausschüssen keine Zwischeninstanzen vor. Solche haben sich aber in den letzten Jahren in steigendem Maße notwendig gemacht, da ein Zusammenwirken der Ortsausschüsse innerhalb gewisser Gebiete nicht mehr zu entbehren ist und auch eine Entlastung des Bundesvorstandes herbeiführen würde. Der Vorstand unterbreitete daher dem Bundesausschuß eine Reihe von Vorschlägen über die Errichtung und Aufgaben von Bezirksausschüssen, die in die Satzung des A.D.G.B. aufgenommen werden sollen, zu weiterer Prüfung. Eine Beschlußfassung über diese Vorschläge wird erst auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß stattfinden.

Namens der für die Prüfung der Frankfurter Akademie eingesetzten Studienkommission berichtete Graßmann, daß diese Kommission am 15. Juni d. J. die Akademie besichtigt, dem Unterricht beigewohnt und mit Lehrern und Hörern längere Aussprachen gepflogen habe. Die Kommission empfahl die weitere Aufrechterhaltung und Beschickung der Arbeiterakademie und eine einheitliche Regelung der Bezüge der Hörer. Der Ausschuß stimmte diesen Vorschlägen zu.

Zum internationalen Gewerkschaftskongreß, der am 28. November d. J. in Mailand stattfinden soll, wurden 7 Vertreter des Bundesausschusses gewählt. Weitere Vertreter wählt der Bundesvorstand und der Afa-Bund. Mit Rücksicht auf den niederen Valutastand wurde beschlossen, den Beitrag der deutschen Gewerkschaften für das laufende Jahr zu verdreifachen, also einen doppelten Extrabeitrag nachzuzahlen.

Zur Entscheidung eines Grenzstreites zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Deutschen Transportarbeiterverband wurde auf Antrag des ersteren die Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts beschlossen. Die Kosten von Schiedsgerichten sollen in allen Fällen durch die streitenden Parteien, und zwar jede für ihre Schiedsrichter und je zur Hälfte für den Vorsitzenden getragen werden.

Feierabend

Der Arbeit dröhnendes Eisenlied
Verklang in leichten Akkorden.
Die fleißigen Hände sanken müd;
Im Tale ist's still geworden.

Des Werktags heiße, ruhlose Jagd
Verschlang die dämmernde Ferne;
Und mählich zündet Königin Nacht
Die blassen, silbernen Sterne.

Küßt leise, die ihr die Liebsten sind,
Die Müden im Werktagskiele,
Und bettet sie mütterlich, weich und lind,
In dunkle, duftende Seide.

Nimmt ihnen von der Stirne das Leid,
Die Runen des friedlosen Heute,
Und trägt sie ins Land Vergessenheit
Auf Feierglockengeläute.

Rudolf Roddewig.

Der Anschluß an eine Organisation ist eine sittliche Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne zwingende Gründe entziehen darf.

Georg v. Giżycki.

Der große Haufen der Gleichgültigen und Tonlosen muß aufgehoben und moralisch vernichtet werden; denn auf ihm ruht der Fluch der Störungen und Verwirrungen, welche durch kühne Minderheiten entstehen.

Gottfried Keller.

Ist der Kurzarbeiter verpflichtet, zur Vermeidung des Verlustes der Unterstützung nach § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Erwerbslosenfürsorge Notstandsarbeiten zu verrichten?

Diese für die gesamte Arbeiterschaft außerordentlich wichtige Frage hat in einer Entscheidung des Reichsarbeitsministers ihre endgültige Erledigung gefunden.

Die Ursache hierzu bot das Vorgehen des Gemeindevorstandes in Dehnitz bei Wurzen, der dem Zuschläger Vogel, der infolge Arbeitsmangels verkürzt arbeiten mußte, die Kurzarbeiterunterstützung versagte mit der Begründung, daß er während der Dauer des Aussetzens mit der Arbeit für die Gemeinde Steine schlagen könne. Dies Ansinnen lehnte der betreffende Arbeiter ab, da ein derartiges Verlangen sich mit dem Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge nicht vereinbaren ließ. Eine bei der Amtshauptmannschaft Grimma angebrachte Beschwerde blieb erfolglos, da diese Instanz den Standpunkt des Gemeindevorstandes teilte. Es wurde deshalb gegen die Entscheidung der Amtshauptmannschaft Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft Leipzig erhoben, da nach unserer Auffassung eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften vorlag. Die Entscheidung, die seitens dieser Behörde getroffen wurde und von Freih. v. Oer unterschrieben war, wollen wir hier im Wortlaut wiedergeben. Sie lautet:

„Die Kreishauptmannschaft, kollegial zusammengesetzt, ist nicht in der Lage, auf die Beschwerde des Schmiedes Arthur Vogel in Dehnitz vom 24. Januar 1921 etwas zu dessen Gunsten zu verfügen.

Die Amtshauptmannschaft Grimma hat unter dem 6. v. Mts. entschieden, daß Kurzarbeiter ihnen angebotene Notstandsarbeiten anzunehmen verpflichtet sind und nur, wenn solche nicht nachgewiesen wird, Zuschläge aus der Erwerbslosenfürsorge zu erhalten haben. Diese Entscheidung ist nach § 13 Abs. 3 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge eine endgültige, und da in ihr eine offenbare Verletzung der gesetzlichen Vorschriften nicht zu erblicken ist, besteht für die Kreishauptmannschaft kein Anlaß, von Aufsichts wegen einzugreifen.

Voraussetzung für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung und also auch der Zuschläge zur Erwerbslosenunterstützung gemäß § 9 Abs. 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge ist, daß arbeitswillige Personen infolge von Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden. Wenn den Erwerbslosen Arbeit nachgewiesen wird, die ihnen nach ihrer körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann (§ 8 der Reichsverordnung), entfällt jeder Anspruch auf Unterstützung. Da nun dem Beschwerdeführer für die Tage, wo er in seinem Arbeitsverhältnis nicht arbeiten konnte, von der Gemeinde Dehnitz Arbeit nachgewiesen worden ist, kam er für die Erwerbslosenunterstützung nicht in Betracht.

Die Kreishauptmannschaft."

Jeder Kenner des Gesetzes über die Erwerbslosenfürsorge muß zugeben, daß die Auslegung der Kreishauptmannschaft geradezu unhaltbar genannt werden muß, denn das Gesetz spricht in all den angezogenen Paragraphen immer nur von Erwerbslosen, während § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Erwerbslosenfürsorge sagt:

„Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Überarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnkürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 70 v. H. des Wochenarbeitsverdienstes (Doppelwochenarbeitsverdienstes) den Unterstützungsbetrag der Woche (Doppelwoche) bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrags, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit. § 6 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist."

Man hätte deshalb erwarten dürfen, daß auch die Kreishauptmannschaft auf diesen Widerspruch gestoßen wäre. Nach Lage der Dinge blieb nunmehr weiter nichts übrig, als das Landesarbeitsministerium entscheiden zu lassen, da andernfalls durch die Auslegung des Gesetzes durch die Kreishauptmannschaft die gesamten Kurzarbeiter empfindlich geschädigt worden wären.

Unterm 16. Februar 1921 wurde deshalb Beschwerde beim Arbeitsministerium erhoben. In dem Schreiben wurde eine genaue Darstellung des Falles Vogel ausführlich gegeben und die Entscheide der Amts- und Kreishauptmannschaft einer Widerlegung unterzogen. Als beachtlich gegen die Auffassung der Kreishauptmannschaft wurden nachfolgende Gegengründe dargestellt:

„Nach § 9 Abs. 2 der Reichsverordnung zur Erwerbslosenunterstützung ist die Bedürftigkeit bei Kurzarbeitern nicht zu prüfen, denn es heißt hier: § 9 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist. Aber auch der § 8 der Verordnung, wonach die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet sind, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, ihm die Unterstützung zu entziehen oder zu versagen, schlägt hier nicht ein, denn es ist hier nur von Erwerbslosen schlechthin die Rede.

Der hier aufgestellte Grundsatz müßte also unbedingt dazu führen, daß in allen Fällen, wo Kurzarbeiter in Betracht kommen, zunächst die Bedürftigkeit zu prüfen sein würde und daß weiter die Gemeinden das Recht erhalten, in den Fällen, wo für Kurzarbeiter Notstandsarbeit nachgewiesen und die Annahme verweigert wird, die Kurzarbeiterunterstützung versagt werden kann.

Diese Theorie steht mit der Praxis und auch mit den gesetzlichen Bestimmungen dermaßen in Widerspruch, daß es angebracht erscheint, daß seitens des Arbeitsministeriums eine endgültige Klärung der Sachlage herbeigeführt werden möchte."

Soweit uns bekannt, wurden seitens des Arbeitsministeriums unsere Einwendungen für beachtlich gefunden, während die beiden untergeordneten Behörden, nämlich Kreis- und Amtshauptmannschaft, ihren Standpunkt beibehielten und letzten Endes verlangten, eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers über diesen Fall herbeizuführen.

Dies ist dann auch geschehen. Erfreulicherweise ist dieser als endgültig zu betrachtende Entscheid zugunsten des Arbeiters ausgefallen. Er lautet:

„An die Kreishauptmannschaft Leipzig

zurück mit dem Eröffnen, daß das Arbeitsministerium Veranlassung genommen hat, die Frage gestern mündlich dem Reichsarbeitsministerium vorzutragen. Das Reichsarbeitsministerium ist aber dabei stehen geblieben, daß es den Standpunkt seines Erlasses vom 26. Juli 1920 — I C 3089/20 —, der zum Erlaß der weiteren Ausführungsvorschriften vom 25. August 1920 (Nr. 196 der Sächs. Staatszeitung vom 26. August 1920) Anlaß gegeben hatte, unbedingt festhalten müsse und während der Dauer einer Kurzarbeit, während deren keine volle Erwerbslosenunterstützung in Frage komme, einen Arbeitszwang nicht anordnen könne.

Hiernach wird nichts übrig bleiben, als nach der bezeichneten Ausführungsverordnung weiter zu verfahren, obwohl auch dem Arbeitsministerium bekannt ist, daß in vielen Gemeinden mit Erfolg die Kurzarbeiterunterstützung durch Arbeitsangebot ersetzt worden ist und daß es finanziell wie wirtschaftlich im einzelnen Falle durchaus zweckmäßig erscheinen kann, so zu verfahren.

Arbeitsministerium."

Der Versuch gewisser Kreise, die bestehenden Bestimmungen des Gesetzes über die Erwerbslosenfürsorge nach Möglichkeit im ungünstigen Sinne zu beeinflussen, ist durch diese Entscheidung abgeschlagen.

E. Schreiber (Wurzen).

Sitzung des Reichsbeirats der Betriebsräte der Metallindustrie

Am 24. August tagte in Stuttgart der Reichsbeirat der Betriebsräte. Anwesend sind der Reichsbeirat, Vertreter der großen Konzerne von Klöckner, Stinnes, Gutehoffnungshütte, Bochumer Verein, A.E.G., Siemens, Orenstein & Koppel, Buderus und Krupp, sowie die Bezirksleiter und der Vorstand:

Tagesordnung:

1. Der Jenaer Verbandstag und die Betriebsräte
2. Die Abhaltung einer Reichskonferenz der Betriebsräte der Metallindustrie.
3. Zusammenarbeit und Zusammenfassung der Betriebsräte größerer Konzerne.

Den ersten Punkt der Tagesordnung behandelt Kollege Dißmann: Es handel sich um drei Fragen, und zwar:

1. Erfordert die Tätigkeit der Betriebsräte eine Änderung des Statuts?
2. Soll die Betriebsrätefrage die Generalversammlung in Jena als besonderen Tagesordnungspunkt beschäftigen?
3. Welche Stellung nehmen wir ein zu den besonderen Anträgen, die zur Betriebsrätefrage gestellt sind, und inwieweit sind dieselben bereits erfüllt?

Der Vorstand hat sich seit Anfang v. J. sehr eingehend mit den Fragen der Betriebsräte beschäftigt. Das zeigen auch die wiederholten Beratungen des erweiterten Beirats. Der Streit um die Zusammenfassung der Betriebsräte ist durch die Beschlüsse des 1. Reichsbetriebsrätekongresses beendet worden. Einige Differenzen, die noch bis zu Anfang d. J. zutage traten, u. a. in Halle, haben ihren Abschluß gefunden. Es ist die Gruppierung innerhalb der Metallindustrie nach 22 Untergruppen vorgenommen worden. Der örtliche Aufbau erfordert eine Änderung des Statuts insoweit, daß ein Vertreter der örtlichen Betriebsräte Sitz und Stimme in der Ortsverwaltung haben soll. Ein diesbezüglicher Antrag ist vom Vorstand der Generalversammlung unterbreitet. Eine Eingliederung der Bezirksbeiräte und des Reichsbeirats ins Statut ist noch verfrüht. Die Dinge sind noch im Fluß, die Schaffung von Bezirks- und Reichsarbeiter- und -wirtschaftsräten muß noch durch die Gesetzgebung erfolgen. Damit erhalten unsere heutigen Körperschaften eine Ergänzung. Zweckmäßig wird auch sein, in Zukunft Vertreter der Konzerne zu den Beiratssitzungen hinzuzuziehen. Heute, wo alles noch in der Entwicklung ist, sind starre Beschlüsse nicht zu empfehlen. Die Generalversammlung muß unter Bestätigung der seitherigen Beschlüsse Vorstand und Beirat bedingt freie Hand geben. Die Betriebsrätefragen auf der Generalversammlung als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln, ist nicht zweckmäßig. Beim Geschäftsbericht wird die Frage ausgiebig besprochen. Im übrigen ist auf den in Aussicht genommenen Reichsbetriebsrätekongreß für die Metallindustrie hinzuweisen, wo eine eingehende Behandlung des Stoffes gewährleistet ist.

Nun zu den vorliegenden Anträgen. Der Vorstand hat für die Betriebsräte ein außergewöhnliches Maß von Arbeit geleistet. Im Hauptbüro ist eine Abteilung eingerichtet, die lediglich die Fragen der Betriebsräte zu bearbeiten hat. Diese Arbeit der Zentrale wird aber behindert dadurch, daß im Lande zu wenig Wert auf genaue statistische Erhebungen gelegt wird. Wenn bisher von unseren Kollegen eine Arbeit vernachlässigt wurde, dann ist es die Statistik. Hier muß Remedur geschaffen werden, da es unmöglich ist, ohne eine geregelte Statistik positive Arbeit leisten zu können. In den meisten Fällen werden kleinere Betriebe mit Betriebsobleuten überhaupt nicht erfaßt. Es ist nun angeregt worden, einen Juristen beim Vorstand anzustellen, der sich mit der Rechtsprechung befassen soll. Der Vorstand hat davon Abstand genommen, da in Arbeiterrechtsfragen ein mit der Arbeiterbewegung vertrauter Kollege, der sich einarbeitet, diese Fragen besser behandeln wird wie ein Jurist. Wo es möglich ist, muß in den mittleren und größeren Verwaltungen durch Anstellung besonderer Kräfte die Arbeit für die Betriebsräte erledigt werden. Ähnlich liegt es bei den Bezirksleitungen.

Seit April vorigen Jahres geben wir eine eigene Betriebsräte-Zeitschrift heraus. Ihr Wert wird in allen Kreisen erkannt. Zu der Verbreitung muß jedoch mehr getan werden, da dieselbe nicht nur von Betriebsräten gelesen werden soll, sondern von allen interessierten und geistig regsamen Mitgliedern.

Eine volkswirtschaftliche Abteilung wurde beim Hauptvorstand errichtet. Leiter derselben ist Genosse Dr. Einstein. Zunächst ist mit der Herausgabe von volkswirtschaftlichen Merkblättern begonnen worden, die an die Bezieher der Betriebsräte-Zeitschrift abgegeben werden. Diese volkswirtschaftlichen Merkblätter sollen knapp zusammengefaßtes Material bieten. Die weitere Form wird nach den praktischen Bedürfnissen endgültig festgelegt werden. Diesem Material werden sich besondere volkswirtschaftliche Abhandlungen anschließen.

Den Bildungsfragen hat der Vorstand die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist notwendig, eine planmäßige, methodische Durchbildung der Betriebsräte wie aller Verbandsfunktionäre herbeizuführen. Es sollen in den einzelnen Bezirken Kurse eingerichtet werden mit einer Dauer von 2 bis 3 Wochen und mit 80 bis 100 Teilnehmern, die während dieser Zeit von der Arbeit freigestellt werden. Für die Leitung haben Vorstand und Ausschuß den Genossen Engelbert Graf angestellt. Grundlage dieser Kurse bleibt die Volkswirtschaft, in Verbindung damit die Grundbegriffe über Betriebs- und kaufmännische Lehre, daneben Sozialpolitik und Arbeiterrecht. Die Abendkurse dürfen nicht so planlos wie bisher abgehalten werden. Der Umfang unserer Organisation legt uns die Pflicht auf, selbständig vorzugehen. An der Geldfrage darf dieser Plan nicht scheitern. Großzügig müssen diese Fragen behandelt werden. So wird es uns gelingen, auch die Betriebsräte zu dem Faktor zu machen, den wir zur Befreiung der Arbeiterklasse notwendig brauchen.

Zisla (Berlin): Dißmann hat verschiedene Schwierigkeiten in der Aufnahme der Statistik geschildert. Es ist richtig, daß in der Erfassung viele Mängel vorhanden sind. Berlin scheut keine Kosten, um das Interesse der Kollegen für das Wirtschaftsleben zu steigern. Es zeigt sich aber, daß nur ein Teil der Betriebe berichtet. Deshalb muß dauernd auf die Funktionäre eingewirkt werden, diesen Fragen ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken und ihren Verpflichtungen nachzukommen. Besserung ist nur zu erwarten, wenn wieder die Erkenntnis einheitlichen Handelns Platz gegriffen hat. Die verschiedenen Betriebsrätezeitschriften sind durchaus nicht einheitlich eingestellt. Hier sei besonders auf die Betriebsrätezeitschrift des A.D.G.B. hingewiesen, wo die Behandlung der Wirtschaftsfragen oft überhaupt nicht mehr im sozialistischen Sinne erfolgt. Die Schulung der Betriebsräte ist nicht so, wie sie sein sollte. Heute werden die Kollegen auf bestimmte Materien dressiert. Zweck muß sein, den allgemeinen Bildungsgrad zu heben. Notwendig ist, daß die Betriebsräte ihr Amt nicht zu oft wechseln. Die Rührigkeit der Betriebsräte zeigte auch Schattenseiten. Um Kosten zu sparen, muß die Verbreitung des Informationsmaterials unter tätiger Mitwirkung der Betriebsräte erfolgen.

Lübbe (Berlin): Die Anregung Dißmanns hätte schon längst verwirklicht werden müssen. Die Kollegen bringen den statistischen Erhebungen viel zu wenig Interesse entgegen. Es muß den Kollegen klargemacht werden, daß diese Erhebung die erste Grundlage für eine positive Arbeit ist. In Arbeiterrechtsfragen ist Dißmann beizustimmen. Die volkswirtschaftlichen Blätter waren eine Notwendigkeit und müssen in denselben alle Fragen sofort behandelt werden, solange sie noch aktuell sind. Die Kurse sollen auf Volkswirtschaft, Rechtsfragen und Lesen einer Bilanz und der Geschäftsordnung beschränkt bleiben. Die Teilnehmer an den Kursen sind angehalten, das, was sie gelernt haben, später den gesamten Kollegen zuzuführen. Die Selbständigkeit der Betriebsräte muß aufrecht erhalten werden. Auf gutes Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Angestellten ist besonderer Wert zu legen.

Rudroff (Nürnberg): Man spricht soviel von zu wenig Aktivität der Betriebsräte. Es wird dabei meist vergessen, daß eine ungeheure Fülle von Arbeit durch die Betriebsräte zu leisten ist. Viele Betriebsräte sind froh, wenn ihre Amtsdauer abgelaufen ist. Die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften sind der Entwicklung der Betriebsräte ebenfalls hinderlich. Die einzelnen Bezirksleiter sollten dem

Vorstand mehr berücksichtigt werden, damit wieder ein größeres Zutrauen unter den Kollegen Platz greift. Die großen Konzerne müssen ständig beobachtet werden.

Heer (Hamburg): Die Ursache der gegenwärtigen mißlichen Lage der Betriebsräte ist das Wachsen der Reaktion. In Hamburg sind von 1200 Betrieben noch nicht 600 erfaßt. Daher kommt die schlechte Berichterstattung. Die Organisationsleitung wie unsere Organe müssen eine stete Agitation für die Betriebsräte betreiben. Eine einheitliche Haltung der verschiedenen Betriebsrätezeitschriften wäre dringend erwünscht. Mit den Kursen für Elementarbildung sind in Hamburg traurige Erfahrungen gemacht worden. Von 400 Teilnehmern zu Anfang blieben am Schluß noch 76 übrig. Für derartige Zwecke sind die Gewerbeschulen da und sollten wir uns darauf beschränken, das notwendigste volkswirtschaftliche Wissen zu vermitteln.

Dr. Einstein: Es soll kein Programm der volkswirtschaftlichen Abteilung hier entwickelt werden. Vieles, was geplant ist, wird vielleicht zum Teil überholt werden, so wie sich überhaupt kein starres System empfiehlt. Die volkswirtschaftlichen Blätter sollen bestimmte volkswirtschaftliche Vorgänge übermitteln im engsten Zusammenhang mit der Metallarbeiter-Zeitung und der Betriebsräte-Zeitschrift. Die deutsche Arbeiterschaft ist sich nur zu einem geringen Teil klar über ihre gegenwärtige Lage. Es ist dringend notwendig, sich mehr wie bisher volkswirtschaftlich einzustellen. Wenn wir die schwere Arbeit den Betriebsräten erleichtern wollen, muß der Zusammenhang zwischen Betriebsräten und Leitung aufs engste gestaltet werden. Nur so ist es möglich, Ersprießliches zu leisten.

Reinirkens (Essen): Die Bezirke müssen in die geplanten Kurse Kollegen hineinschicken, die auch in der Lage sind, das Gehörte wiederzugeben. Die Betriebsräte haben neben den Zeitversäumnissen auch große Materialunkosten dadurch, daß die verschiedensten Bücher und Zeitschriften empfohlen werden. Durch Vereinheitlichung der Betriebsrätezeitschriften könnte hier Abhilfe geschaffen werden. Die Betriebsräte-Zeitschrift des D.M.V. wird auch in anderen Kreisen als die beste anerkannt. Zweckmäßig wird es sein, die Neuwahl der Betriebsräte innerhalb des ganzen Reiches zu einem bestimmten Zeitpunkt vorzunehmen.

Watzlawczyk (Berlin): Die Schulung der Betriebsräte ist viel intensiver durchzuführen. Speziell in der Kleinarbeit muß mehr geleistet werden. Die Tätigkeit der Betriebsräte soll nach Möglichkeit im Statut festgelegt werden.

Thiele (Köln): Es ist erfreulich, daß uns der Vorstand fertige Pläne vorgelegt hat. Das Material zur Durchführung muß lückenlos von den Betriebsräten gesammelt und weitergeleitet werden. Nur so ist ein erfolgreiches Arbeiten möglich.

Engelbert Graf: Einige Worte zum Bildungsproblem und was sollen die Bildungsarbeiten berücksichtigen. Wir können keine Gelehrten aus den Betriebsräten machen. Das soll und darf nicht der Zweck der Kurse sein. Die Kurse dürfen auch nicht etwa als Sprungbrett zur Ergatterung eines Meisterpostens aufgefaßt werden. Ernste Behandlung verdient die Stellung der Betriebsräte zu den Kollegen innerhalb des Betriebes. Es ist vielfach zu beobachten, daß sich die Betriebsräte im Schlepptau der Kollegen befinden. Sie lassen sich ziehen, anstatt selbst zu ziehen. Wir müssen die Betriebsräte so erziehen, daß sie zu Erziehern der Kollegen werden. Grundlegend ist ferner die Stellung der Betriebsräte zum Betrieb. Der Betriebsrat muß befähigt sein, alle Fäden zu sehen, die im Betrieb laufen. Wer soll nun in die Kurse hinein? Es wäre falsch, ohne Vorprüfung die Kollegen in die Kurse zu schicken. Zweckmäßig ist es, Kollegen in einem bestimmten Alter oder solche, von denen anzunehmen ist, daß sie sich dauernd geistig betätigt haben, für die Kurse auszuwählen. Der Elementarunterricht muß vollständig ausscheiden. Hauptzweck ist theoretische und praktische Ausbildung der Betriebsräte, um sie für ihre Aufgabe zu schulen. Nach Absolvierung der Kurse werden Leitsätze über die Vorträge mit Literaturausgabe in Broschürenform an die Teilnehmer abgegeben, um so die Weiterbildung zu ermöglichen.

Scheld (Frankfurt a. M.): Es wird notwendig sein, nicht nur den Betriebsräten grundsätzliche Kenntnisse der Bilanz beizubringen, sondern auch in den Betriebsversammlungen größerer Betriebe muß durch geschulte Kräfte Aufklärung über die Bilanz des betreffenden Betriebes gegeben werden.

Kargel (Troisdorf): Das Abflauen der Besucherzahl eines Kurses kommt daher, weil den meisten Betriebsräten die Grundlage für die Schulung fehlt. Die Kollegen wollen zum Teil lieber 5 bis 6 Stunden schwer arbeiten, als sich eine Stunde mit geistigen Dingen beschäftigen. Deshalb ist es zweckmäßig, den Kollegen in äußerst verständlicher Form das Notwendige zu lehren. Den Ausführungen des Genossen Graf ist voll zuzustimmen.

Schwender (München): Würde das statistische Material von den Kollegen mehr und ausgiebiger bearbeitet, würden sie zugleich auch viel mehr Einblick in die gesamten Verhältnisse bekommen. Es muß deshalb darauf hingewirkt werden, daß die Betriebsräte sich restlos dieser Arbeit unterziehen.

Freund (Roßwig): Die Organisation muß in jeder einzelnen Verwaltungsstelle monatlich Fragen an die Betriebsräte richten, um sie zu interessieren und zu bilden. Wo die Fragen gar nicht oder mangelhaft beantwortet werden, muß seitens der Organisation nachgeholfen werden. Den Ausführungen der Genossen Dr. Einstein und Engelbert Graf ist zuzustimmen und mit Freude zu konstatieren, daß der Vorstand auf diesem Wege vorangeschritten ist.

Eckart (Fürth) weist darauf hin, daß die Verwaltungsstellen den Betriebsräten mehr an die Hand gehen müssen. Jeder Betriebsrat ist bestrebt, sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen. Von der Anstellung des Genossen Graf sei das Beste für die Schulung der Betriebsräte zu erhoffen. Nur sollten die Vorträge auch in Druckform herausgegeben werden, damit sie jederzeit nachgelesen werden können.

Rooß (Berlin): Die Beurlaubung der Betriebsräte zu den Kursen wird in manchen Fällen gleichbedeutend mit der Entlassung sein. Das ist auch beim A.E.G.-Konzern zu befürchten. Auch er ist erfreut über die Maßnahmen des Vorstandes.

Rose ([illegible]): Versagen die Vertrauensmänner der Gewerkschaften, von denen die Betriebsräte wesentlich abhängen, so können sie ebenfalls nur schwer vorwärts kommen. Deshalb ist es notwendig, auch die Vertrauensmänner zu schulen. Immer wieder muß auf ein enges Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Angestellten hingewiesen werden. Der Betriebsrat muß sich Achtung und Respekt bei dem Unternehmer verschaffen, dann wird er auch die Interessen der Kollegen vertreten können.

Schubeler ([illegible]): Das vorgelegte Bildungsprogramm bietet die Gewähr, daß der richtige Weg beschritten wird.

Dißmann: Zunächst ist festzustellen, daß Einstimmigkeit über den Bericht und die Vorschläge des Vorstandes herrscht. Der Wert der Statistik wird von den Kollegen sehr unterschätzt. Redner führt verschiedene Beispiele an, die zeigen, daß wir gezwungen sind, dem amtlich herausgegebenen Material unsere Feststellungen entgegenzustellen, um die Kollegen vor schweren Schädigungen zu bewahren. Die Selbständigkeit der Betriebsräte muß bestehen bleiben, trotz einiger unangenehmer Begleiterscheinungen. Doch das sind Kinderkrankheiten. Eine eigene Betriebsrätezeitschrift ist für größere Gewerkschaften ein Bedürfnis zur Behandlung der speziellen Industrieverhältnisse. Auf die beklagenswerte Schreibweise der Betriebsrätezeitschrift des A.D.G.B. ist mit Recht hingewiesen worden. Dazu wird in anderen Körperschaften noch Stellung genommen. Es wäre aber nicht zweckmäßig, unsere Betriebsräte-Zeitschrift zu polemischen Auseinandersetzungen zu benutzen. Wenn schon, dann in sachlicher Behandlung des betreffenden Stoffes. So haben wir es stets gehalten. Die verschiedenen Anregungen werden bei der praktischen Betätigung verwertet werden. Die Kurse sollen nicht nur auf Betriebsräte begrenzt werden. Alle geeigneten Funktionäre und tätigen Kollegen können Teilnehmer sein. Die geplanten Maßnahmen können nur verwirklicht werden durch engste Zusammenarbeit zwischen der Betriebsräte-, volkswirtschaftlichen Abteilung und der Abteilung für Bildungswesen. Die zukünftigen Neuwahlen der Betriebsräte sollen in einem bestimmten Monat des Jahres vorgenommen werden. Wenn wir uns auch bewußt sind, daß die Unternehmer den Betriebsräten nicht freundlich gegenüberstehen, so muß doch zu verhindern sein, daß aus der Beteiligung an Kursen

Der Hinweis auf enges Zusammenarbeiten mit den Angestellten kann nicht stark genug hervorgehoben werden. Ein Abstoßen der Angestellten heißt, sie der Reaktion direkt in die Hände treiben. Die Anträge sind durch die Aussprache erledigt. Die Anträge zur sozialpolitischen Gesetzgebung finden natürlich unsere lebhafteste Unterstützung. Wir wirken stets dahin, eine Änderung der Sozialgesetzgebung in unserm Sinne herbeizuführen.

Wenn sich alle Kollegen im Lande im Sinne der heutigen Aussprache betätigen, wird für die Betriebsräte eine wesentliche Erleichterung ihrer Arbeit, aber auch eine Erweiterung ihrer Kenntnisse zu erwarten sein.

Zu Punkt 2 sprach einleitend Kollege Dißmann. Bei der Einberufung der Generalversammlung hat der Vorstand die Frage erörtert, ob auf die Tagesordnung ein volkswirtschaftliches Thema gesetzt werden soll. Der Vorstand war der Ansicht, daß eine ausgiebige und erschöpfende Behandlung auf der Generalversammlung nicht möglich ist. Das kann weit eingehender und fruchtbringender auf dem in Aussicht genommenen Reichsbetriebsrätekongreß für die Metallindustrie geschehen. Als Tagesordnung sind vorgesehen in zusammenhängender Behandlung vier wirtschaftliche Vorträge über: A. Weltwirtschaft, Referent: Dr. Bauer (Wien); B. Deutsche Wirtschaft, Referent: Dr. Hilferding; C. Kohle und Eisen, Referent: Otto Hue; D. Trust und Sozialisierung, Referent: Dr. Einstein und als weitere Materie die Bildung und Aufgaben der Betriebsräte, Referent: Engelbert Graf. Der Kongreß ist allerdings nicht geplant zu politischen Auseinandersetzungen, sondern um die praktischen, volkswirtschaftlichen Kenntnisse unserer Kollegen zu fördern. Die vorgesehenen Referenten bieten uns dafür die Gewähr, daß Wertvolles gegeben wird. Je mehr wir unsere Funktionäre mit den volkswirtschaftlichen Fragen vertraut machen, um so mehr werden wir zur vollen Gesundung des Verbandes kommen. Durch lebendiges Wirken innerhalb der Organisation werden wir die uns abseits Stehenden gewinnen können. Die Zahl der Teilnehmer darf nicht zu klein gehalten werden. Etwa 700 dürften in Frage kommen. Der Reichsbeirat der Betriebsräte muß naturgemäß daran teilnehmen. Über den Ort der Tagung müssen wir uns noch verständigen. Die Abhaltung des Kongresses ist für November vorgesehen.

Rudroff (Nürnberg) befürwortet die Abhaltung des Kongresses in Berlin.

Wolf (Essen) wünscht, daß zur Tagesordnung die Sozialisierung der Elektrizität gesondert behandelt wird, da in dieser Industrie wesentliche Veränderungen zu erwarten sind.

Urich (Berlin): Die Einberufung des Kongresses ist zu begrüßen, nur kann er Berlin als Tagungsort nicht empfehlen.

Dr. Einstein: Eine Behandlung der Sozialisierungsfrage, bei der die Elektroindustrie natürlich besondere Beachtung findet, ist nur möglich, wenn in den vorhergehenden Referaten die Unterlagen für dieses Thema gegeben worden sind.

Dißmann bittet, die Wahl des Tagungsortes dem Vorstand zu überlassen. Dem wird zugestimmt, ebenso einmütig der Abhaltung des Kongresses selbst in der vorgeschlagenen Form.

Zum 3. Punkt hebt Dißmann hervor: Die Bedeutung der Konzerne braucht hier nicht besonders erläutert zu werden. Wir müssen dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit schenken und ein enges Zusammenwirken der Betriebsräte der einzelnen Konzerne herbeiführen. Unter keinen Umständen dürfen jedoch von den Betriebsräten einzelner Konzerne Konferenzen selbständig angesetzt oder unter Ausschaltung der Gewerkschaften abgehalten werden. Konferenzen sind überflüssig, soweit man sich in ihnen lediglich Vorträge halten läßt. Der Hauptzweck der Zusammenkünfte soll einer Verständigung der Arbeiten und Aufgaben der Betriebsräte der Konzerne gewidmet sein. Bei der Vorbereitung solcher Konzernkonferenzen muß der Vorstand mitwirken, wie auch zu allen Maßnahmen das Einverständnis der Organisationsleitung notwendig ist. Leitung und Sitz der Vertretung der einzelnen Konzerne muß festgelegt werden. Wo ein Konzern in einem engeren Industriebezirk liegt, wird diese Bestimmung leicht sein. Bei den größeren Konzernen, die sich über das ganze Reich ausdehnen, müssen wir uns in besonderer Form verständigen, für die Hauptgruppen solcher Riesenkonzerne (siehe Stinnes) Verbindungsleute schaffen usw. Das Notwendigste ist der Austausch der Erfahrungen innerhalb der einzelnen Konzerne und ein enges Zusammenarbeiten. Bei den Zusammenkünften müssen wir darauf achten, daß von unten angefangen und das Notwendigste zunächst in Angriff genommen wird.

Dr. Einstein: Das vorliegende Problem gehört zu den schwierigsten innerhalb der gesamten Arbeiterfragen. Die horizontale und vertikale Konzentration ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht streng geschieden. Es wird notwendig sein, grundlegende Untersuchungen über die Konzernbildungen anzustellen. Die Metallarbeiter-Zeitung hat sich durch die Veröffentlichung über den Stinnes- und Klöckner-Konzern ein wesentliches Verdienst erworben. Damit ist der erste Schritt getan, um jedem Arbeiter die Konzernbildung verständlich zu machen. So muß fortgearbeitet werden. Wir haben dafür zu sorgen, daß vom Verband so schnell wie möglich die Unterlagen beschafft werden, um die Konzernbildung in vollem Umfange erkennen zu können. Weiter muß eine Organisation geschaffen werden, um die Zusammenhänge der Konzerne untereinander festzustellen. Ein fester Organisationsplan läßt sich dabei nicht aufstellen. Es darf nicht halbe Arbeit geleistet werden, vielmehr müssen die Betriebsräte alles tun, um hinter die Kulissen sehen zu können.

Rooch (Berlin), A.E.G.-Konzern: Die A.E.G. scheint ein Gegner einer zu starken Konzentration zu sein, da dadurch eine Überkonzentration befürchtet wird. Im A.E.G.-Konzern ist ein Gesamtbetriebsrat gebildet. Zunächst ist derselbe offiziell nicht anerkannt, aber er hat doch schon Zusammenkünfte abgehalten. Ohne die Zustimmung der Organisation ist nichts unternommen worden, im Gegenteil stehen die Kollegen auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte in engster Zusammenarbeit mit dem Vorstand ihre Fragen zu erledigen haben.

Flender (Gutehoffnungshütte-Konzern): Es sollten heute Richtlinien geschaffen werden, um dem Umfange der wilden Konferenzen zu steuern. Eine Zusammenkunft der Betriebsräte und deren Kostentragung lehnen die Unternehmer ab, da sie mit einer gesetzlich nicht festgelegten Vertretung nicht verhandeln. Im übrigen werden aber Einzelverhandlungen in den Betrieben nicht gepflogen. Alles geht durch die Hand der Generaldirektion. Es ist jetzt die Bildung eines Gesamtbetriebsrates von sechs Werken versucht worden. Die Frage schwebt noch bei den gesetzlichen Instanzen und ist eine Entscheidung so bald nicht zu erwarten, da sich jeder um eine klare Entscheidung herumzudrücken versucht. Von seiten des Vorstandes sowie des A.D.G.B. muß alles versucht werden, um die Bestimmungen des § 50 zu klären.

Lübbe (Siemens-Konzern) freut sich, daß der Vorstand der Frage der Zusammenfassung der Konzernbetriebsräte näher getreten ist. Es besteht bei den Betriebsräten keine Neigung zu dauernden Konferenzen. Auch bei uns bestimmt nur die Generaldirektion, danach arbeiten alle angeschlossenen Betriebe. Es ist zuzugeben, daß bei dem Stinnes-Konzern eine Vereinigung äußerst schwierig ist. Im Siemens-Konzern ist der Zusammenschluß horizontal erfolgt. Überall besteht eine örtliche Leitung, von der wiederum eine zentrale Spitze geschaffen ist. Der Sitz ist in Berlin. Notwendig wird es sein, von jedem Konzern einen Kollegen von der Arbeit freizustellen, um alles Vorgehende beobachten zu können. Die Kosten werden nicht zu große sein gegenüber den Vorteilen, die im Interesse der Organisation erzielt werden.

Ufermann: Solche Tagungen wie die heutige sind absolut notwendig und nützlich. Die Kollegen dürfen allerdings nicht die Hoffnung haben, daß ihre Wünsche in Kürze in Erfüllung gehen können. Ungeheure Schwierigkeiten müssen angesichts der kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahre erst noch überwunden werden. Die gewaltige Konzentration der Unternehmungen in der Metallindustrie erfordert eine Einstellung des gewerkschaftlichen Kampfes hierauf. Erst müssen deshalb notwendige Vorarbeiten auf den verschiedensten Gebieten geleistet werden, um eine erfolgreiche Arbeit zu sichern.

Rüber (Erfurt): Die Betriebsräte der Deutschen Werke müssen ebenfalls zusammenberufen werden, um dem jetzt von der Direktion so beliebten Gegeneinanderausspielen der

Gallinies (Bochumer Verein): Der Zusammenschluß der Betriebsräte der Konzerne muß so schnell wie möglich herbeigeführt werden. Festzustellen ist, daß bei den Beschlüssen über Umstellung der Betriebe sowie Verlegung der einzelnen Betriebe die Betriebsräte unter den jetzigen Verhältnissen nicht mitsprechen können. Es muß ihnen dazu aber die Möglichkeit gegeben werden. Deshalb ist die Schaffung von Gesamtbetriebsräten notwendig. Der Hauptvorstand muß alles daran setzen, um dies zu erreichen.

Kargel (Klöckner-Konzern): Zunächst ist unsere Freude über die jetzige Stellung des Vorstandes auszusprechen. Die Aufgaben der Betriebsräte innerhalb der Konzerne müssen festgelegt werden. Zurzeit können die einzelnen Betriebsräte innerhalb der Konzerne nicht wirksam werden, da sie nur für einen Teilbetrieb tätig sind. Hauptzweck der Tätigkeit der Betriebsräte muß sein, die Produktion und den Einkauf zu kontrollieren sowie über alle Vorgänge unterrichtet zu sein. Innerhalb des Klöckner-Konzerns ist in jedem Betrieb ein Vertrauensmann von jeder Organisation vorhanden. Hieraus bildet sich dann die Spitze, die nunmehr in dauernder Fühlung mit allen Betrieben bleibt. Es sei zu empfehlen, die Betriebsräte nicht im gesamten Konzern, sondern nach bestimmten Bezirken zusammenzufassen.

Wolf (Essen): Im Bezirk Essen laufen die größten Konzerne zusammen. Es muß möglich gemacht werden, Gesamtbetriebsräte zu schaffen. Wenn nicht anders, muß durch den Druck der Organisation über das Gesetz hinausgegangen werden. Es ist festzustellen, daß tatsächlich einzelne Großbetriebe, die örtlich weit auseinander liegen, Gesamtbetriebsräte haben. Gerade in seinem Bezirk haben viele wilde Konferenzen der Konzerne stattgefunden. An Beispielen schildert der Redner die Unfruchtbarkeit derartiger Konferenzen. Unmöglich ist es, mit gegnerischen Organisationen in den Konzernen zusammen zu gehen.

Schuhbecker (Buderus-Konzern): Der Hauptsitz des Konzerns ist Wetzlar. Dort ist in letzter Zeit gestreikt worden und der Streik zog seine Folgen über den gesamten Konzern. Zusammenkünfte der Betriebsräte solcher Konzerne sind unbedingt erforderlich. Es ist das aber auch notwendig, um das Ausspielen der Betriebe gegeneinander zu verhindern.

Brandes: Der Kollege Mäder befindet sich im Irrtum, wenn er glaubt, daß die Deutschen Werke noch nicht zusammengefaßt sind. Bereits im Frühjahr hat eine zweitägige Konferenz der Betriebsräte der Deutschen Werke getagt und sind dort alle strittigen Fragen besprochen worden, wie wir auch jetzt in ständiger Fühlung mit den Kollegen sind.

Rose (Orenstein & Koppel): Ein Gesamtbetriebsrat innerhalb des Konzerns ist für die Betriebe um Berlin gebildet worden, der die Fühlung mit den anderen Betrieben innerhalb des Reiches unterhält. Für die bisher stattgefundenen Konferenzen sind die Gelder von ihnen selbst aufgebracht worden. Der Standpunkt wird auch von ihnen geteilt, daß der Vorstand von allen Maßnahmen unterrichtet werden muß.

Heer (Hamburg): Wenn Betriebsrätezusammenkünfte stattfinden ohne Zuziehung der Organisation, haben dieselben keinerlei Wert. Vor der bezirksweisen Zusammenfassung der Konzerne ist zu warnen, vielmehr muß das innerhalb des Konzerns selbst geschehen.

Lübbe (Siemens-Konzern) ist ebenfalls der Ansicht, daß im Konzern selbst die Betriebsräte zusammengefaßt werden müssen. Bei großen Konzernen können bezirkliche Unterausschüsse geschaffen werden, aus denen dann die zentrale Spitze gewählt wird.

Dr. Einstein: Bei allen Schwierigkeiten ist die Zusammenfassung der Betriebsräte der Konzerne durch den D.M.V. eine zwingende Notwendigkeit. Es ist eine Lebensfrage für ein erfolgreiches Arbeiten. Ein Problem ist ferner so wichtig als das Bankproblem. Wir kämpfen gegen einen unsichtbaren Feind; solange es uns nicht möglich ist, uns die notwendigen Unterlagen zu schaffen. Deshalb müssen Richtlinien bis zum Reichsbetriebsrätekongreß aufgestellt werden, nach denen später einheitlich zu arbeiten ist.

Dißmann: Die Diskussion war äußerst wertvoll. Worauf es ankam, war, die Angelegenheit in geordnete Bahnen zu bringen. Festgestellt werden muß, daß ein Zusammenarbeiten mit gegnerischen Organisationen nicht in Frage kommen kann. Die Zusammenfassung erfolgt nur innerhalb der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte. Auch wenn die Konzerne nicht immer in einem Wirtschaftsbezirk zusammenliegen, so können wir doch ohne weiteres die Zusammenfassung vornehmen. In jedem Betrieb muß ein Vertrauensmann der Betriebsräte gewählt werden. Für den Gesamtkonzern ist dann eine Spitze zu bilden, deren Leitung je nach den Verhältnissen zu bestimmen ist. Dabei kommen in erster Linie die Bezirksleitungen mit in Frage. Die gesamte Zentrale ist beim Vorstand: Von hier aus erfolgt dann die Berichterstattung an alle Konzerne, wie umgekehrt die der Konzerne an den Vorstand. Die dazu notwendige Vorarbeit muß sofort geleistet werden. Bei den weiteren Beratungen des Reichsbeirats werden die Vertreter der Konzerne nicht fernbleiben dürfen. Es hängt nach den gegenwärtigen gesetzlichen Verhältnissen meist vom guten Willen der Unternehmer ab, inwieweit der § 50 wirksam werden kann. Wir werden aber alles aufbieten, um auch hier eine Änderung herbeiführen zu können. Praktisch zeigt sich, daß örtlich Gesamtbetriebsräte gewählt werden können. Ergänzen sich dieselben und schaffen sie sich eine Leitung, so werden wir auch da in unseren Zielen schon jetzt vorwärts kommen. Es geht nicht an, daß einzelne Konzerne zusammenkommen, um sich selbständige Vorträge halten zu lassen. Auch da muß einheitlich und planmäßig gearbeitet werden.

Hinzuweisen ist noch darauf, daß aller Verkehr der Konzerne über die Verwaltungsstellen zu gehen hat. Wir haben keinerlei Ursache, unmutig zu sein, sondern werden die notwendige Arbeit leisten, um sich der gewaltigen Konzentration des Kapitals unsere Macht gegenüberzustellen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und wurde die Konferenz mit einigen anfeuernden Worten geschlossen.

Interessante Feststellungen

„Brilon, 6. August. Großes Aufsehen in den Kreisen der gesamten Bevölkerung macht die am Samstag mittag erfolgte Verhaftung des Gewerkschaftssekretärs des Christlichen Metallarbeiterverbandes und Stadtverordneten Johannes Mertens von hier. Demselben werden mehrere strafbare Fälle gegen das keimende Leben zur Last gelegt. Man spricht in der Stadt gerüchtweise von 14 bis 16 Fällen, die teilweise schon jahrelang zurückliegen sollen. Mehrere an der Sache beteiligte Mädchen und Frauen sollen schon ein umfassendes Geständnis abgelegt haben. Der Verhaftete befindet sich zurzeit im hiesigen Gerichtsgefängnis."

Warum wir diese Notiz weitergeben? Nicht etwa, weil wir uns an den Schwächen und Fehlern unserer Mitmenschen ergötzen, sondern weil dieser Fall klar zeigt, wie gerade diejenigen, die selbst den meisten Dreck am Stecken haben, anders Denkenden am unduldsamsten gegenübertreten.

Verunglückte da im Januar dieses Jahres der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Brilon. Durch das Treiben des obengenannten Mertens und seiner Freunde sollte dem Verunglückten das kirchliche Leichenbegängnis verweigert werden, weil er Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes war. Es bedurfte erst des Eintretens der Brüder des Verunglückten bei dem Bischof in Paderborn, um zu veranlassen, daß der Dechant Dr. Brodhoff dem toten Verbandsmitglied die letzte Ehre erwies. Wegen den Treibereien des Mertens und seines Anhangs sah sich der Vertreter der Geistlichkeit veranlaßt, von der Kanzel eine Erklärung abzugeben, daß er das Leichenbegängnis nur gemacht habe, weil der Bischof von Paderborn es erlaubt habe. In den folgenden Wochen setzte nun eine Beeinflussung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein, indem diesen gesagt wurde, sie dürften nun nicht mehr Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein, da ihnen sonst später das kirchliche Leichenbegängnis verweigert würde".

So sieht die Duldsamkeit des Zentrumsmetallarbeiterverbandes aus. Selbst die größten Sünder beachten den Balken im eigenen Auge nicht. Wir überlassen es dem gesunden Verstand der Leser [illegible]

Amsterdam gegen Moskau

IV.

Die andere Alternative: Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft ist fast noch absurder.

„Es darf nicht geschehen, daß die Kommunisten sich einer von den Massen gewollten Aktion entgegenstellen, weil die Ziele dieser Aktion reformistisch oder illusionär erscheinen. Die Kommunisten müssen im Gegenteil bei derartigen Gelegenheiten auf eine Steigerung der Aktion hinarbeiten und während des Kampfes wie nach seinem Abschluß die Massen davon überzeugen, daß es heute nicht möglich ist, im Rahmen des Kapitalismus Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter durchzusetzen. Aus den Lehren solcher Teilkämpfe um reformistische Ziele werden die Massen mit Unterstützung unserer Genossen die Einsicht schöpfen, daß es gilt, die Macht des Proletariats gegen den Kapitalismus selbst einzusetzen. Jeder Massenkampf ist heute ein revolutionärer Kampf, auch wenn sein unmittelbares Ziel reformistisch ist. Deshalb müssen sich die Kommunisten in den Gewerkschaften zum energischen Fürsprecher machen bei Lohnforderungen, Betriebsstreitigkeiten im Kampf um das Mitbestimmungsrecht, um die Kontrolle der Produktion, im Kampf gegen das Arbeitslosenelend, die sich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und des Frauen- und Jugendlichenschutzes abspielen. Wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften diese Taktik anwenden, ist ihr Erfolg verbürgt."

Dieses entschiedene Bekenntnis zum Reformismus stammt nicht von einem „opportunistischen Spitzel", sondern aus einem Leitartikel der Roten Fahne, der sich mit dem Kongreß der roten Gewerkschaftsinternationale beschäftigt. Wäre es wirklich nicht möglich, selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Verbesserungen in der Lebenslage der Arbeiter durchzuführen, so wäre es sinnlos, reformistische Aktionen anzuraten. Aber im Widerspruch zu ihren Aufrufen wissen die Kommunisten im stillen recht gut, daß solche Verbesserungen nicht nur möglich sind, sondern auf ökonomischem, rechtlichen und politischem Gebiet zu den unbestreitbaren Tatsachen des letzten Vierteljahrhunderts und zumal der allerletzten Jahre gehören. Daher die freilich kommunistisch verschämte Begeisterung für reformistische Erfolge: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.

Allerdings die bisherigen Errungenschaften sind nicht „letzte revolutionäre Ziele". Kein Gewerkschaftler behauptet diese Albernheit. Es sind erste Etappen auf dem Wege zur Sozialisierung der Produktionsmittel. Keine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern kann und wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft jemals das Ende des Klassenkampfes bedeuten. Wären irgendwo einzelne Gewerkschaftsführer dieser Ansicht, sie wären nicht imstande, das geschichtliche Gesetz außer Kraft zu setzen, daß der Klassenkampf ein Element des wirtschaftlichen Lebens ist, solange ein System in der Macht bleibt, in dem stets das arbeitende Volk das Opfer periodischer Wirtschaftskrisen wird.

Arbeitsgemeinschaften sind lediglich Pausen des Klassenkampfes, Verständigungen, die einen Erfolg bedeuten und auf kürzere oder längere Zeit den offenen Gegensatz zurückdrängen können. Kein Kampf kann ununterbrochen geführt werden. Uebermüdung, Ueberhetzung der Truppe in eine größere Gefahr für die Disziplin, als rechtzeitiger Abbruch des Kampfes. Die Uebertreibung des Revolutionsgedankens gefährdet den Sieg der Arbeiterbewegung mehr als die besonnene Schonung ihrer Kraft.

Die russische Revolution hat viele so berauscht, daß sie sich den Klassenkampf nur noch als blutigen Bürgerkrieg vorstellen können. Sie können nicht über den Oktober 1917 zurückdenken. Als hätte es noch nie in der Geschichte Radikalismus gegeben, bilden sie sich ein, man könne seiner nicht müde werden. Es ist ein folgenschwerer Irrtum, zu glauben, daß revolutionäre Begeisterung Jahre hindurch täglich frisch geliefert werden könne. Auch nicht aus Rußland kann man sie auf die Dauer importieren. Es ist recht gut möglich, daß eines Tages die Sowjetregierung die Ausfuhr „revolutionären Elans" verbietet, weil sie „seit ihrem Eintritt in das bestehende Weltsystem der Staaten viele Rücksichten nehmen muß". Die russische Regierung scheint die Jahre des Sturms und Dranges hinter sich zu haben. Lenin warnt schon vor den Ueberkommunisten, denen die Weltrevolution auf den Nägeln brennt und die kommunistische Internationale wird ihrem Vorbild nacheifern und konservative Manieren bekommen.

Während die Moskauer allmählich den Weg nach rechts antreten, wird die erstarkende Reaktion den Internationalen Gewerkschaftsbund zu immer schärferem Kampf bereit finden. Seine „Kompromisse" sind nur Etappen auf dem Wege nach links. Die Kompromisse der Moskauer weisen in entgegengesetzte Richtung. Es werden nicht die Schaumschläger der Weltrevolution sein, sondern die klassenbewußten, erprobten Streiter, die in der Amsterdamer Internationale sich zum Kampf gegen die Reaktion zusammengeschlossen haben, denen die Befreiung der Arbeiter und der Aufbau der Produktionsdemokratie gelingen wird.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der zweiten Woche des Monats August berichteten 717 Verwaltungen über 27387 Betriebe mit 1991894 Arbeitern. Die Beschäftigungslage zeigt folgendes Bild:

	Berichtwoche				Vorwoche			
	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%
Vollbeschäftigt	25425	93,0	1818520	91,3	25168	92,5	1807413	90,9
Stillgelegt . .	225	0,8	9029	0,5	231	0,8	8250	0,4
Kurzarbeit . .	1687	6,2	164345	8,2	1807	6,7	173391	8,7

Die Zahl der Kurzarbeitbetriebe hat sich um 120, die der Kurzarbeiter um 9046 vermindert. Die Vollbeschäftigtenziffer hat sich um 11103 erhöht.

Die wöchentlichen Veränderungen in der Gesamtzahl der Kurzarbeiter sind aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Woche vom 10. bis 17. Juli	200386 =	10,2 %
„ „ 17. „ 24. „	192846 =	9,9 %
„ „ 24. „ 31. „	180239 =	9,2 %
„ „ 1. „ 7. August . . .	173391 =	8,7 %
„ „ 7. „ 14. „ . . .	164345 =	8,2 %

Die Gesamtzahl der erfaßten Arbeiter und die Arbeitslage in der Berichtwoche in den einzelnen Bezirken zeigt folgende Aufstellung:

Bezirk	Verwaltungen*	Gesamtbetriebe	Gesamtzahl der Arbeiter	Vollbeschäftigt Betriebe	Vollbeschäftigt Arbeiter	Stillgelegt Betrieb.	Stillgelegt Arbeit.	Kurzarbeit Betrieb.	Kurzarbeit Arbeiter
Königsberg .	29	266	15650	257	15478	—	—	9	172
Stettin . .	57	738	42929	718	38091	9	1981	11	2857
Breslau . .	57	1109	147624	1072	140708	3	325	34	6596
Brandenburg	47	641	47158	596	42986	3	84	42	4083
Dresden . .	55	2068	219713	1844	200752	14	494	210	18467
Erfurt . . .	57	1780	72257	1545	66022	17	1081	218	5154
Hannover. .	49	640	62177	615	59578	4	61	21	2538
Halle . . .	46	513	97313	453	78105	2	186	58	19022
Hamburg . .	58	4809	148983	4784	136510	4	730	21	6743
Bielefeld . .	14	234	55756	233	55636	—	—	1	120
Essen . . .	15	768	305678	754	298817	—	—	14	6861
Hagen . . .	25	5836	162118	5345	136252	31	1057	460	24819
Köln . . .	13	620	117735	577	109809	4	248	39	7679
Frankfurt/M.	61	1490	190958	1378	183100	28	1022	84	6836
Stuttgart . .	71	2286	212090	2030	183981	11	641	245	27477
Nürnberg . .	65	3480	118751	3174	92741	35	1109	220	24901
Zusammen	717	27387	1991894	25425	1818520	225	9029	1687	164345
Vorwoche	716	27296	1988321	25168	1807413	231	8520	1807	173391

* Die Zahl der beobachteten Orte ist [illegible]

In den Bezirken Stettin und Hamburg haben die Kurzarbeiter eine Steigerung erfahren. Die Bezirke Dresden, Hagen, Frankfurt a. M., Stuttgart und zum Teil Erfurt zeigen eine Abnahme der Kurzarbeiter. Die übrigen Bezirke weisen keine wesentliche Änderung auf.

Die Dauer der Kurzarbeit zeigt folgende Aufstellung:

Stunden	Berichtwoche				Vorwoche			
	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%
42 bis 45	196	11,6	28223	17,2	184	10,2	25112	14,5
36 „ 41	504	29,9	64851	39,5	476	26,4	69882	40,3
32 „ 35	408	24,2	28653	17,4	480	26,6	31016	17,9
24 „ 31	513	30,4	33727	20,5	597	33,0	38079	22,0
unter 24	60	3,6	8891	5,4	68	3,8	9302	5,3

Von 1521993 Mitgliedern waren 37739 arbeitslos, 98396 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 14683, Kurzarbeiter 2776. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

	Mitglieder des Verbandes arbeitslos	Kurzarbeiter
Woche vom 10. bis 17. Juli . . .	2,93 %	7,47 %
„ „ 17. „ 24. „ . . .	2,84 %	7,18 %
„ „ 24. „ 31. „ . . .	2,53 %	6,38 %
„ „ 1. „ 7. August . .	2,62 %	6,68 %
„ „ 7. „ 14. „ . .	2,47 %	5,80 %

Während in der Vorwoche eine Steigerung der arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Mitglieder festgestellt werden mußte, zeigt die Berichtwoche eine erfreuliche Abnahme sowohl der arbeitslosen wie der verkürzt arbeitenden Mitglieder. Für Arbeitslosenunterstützung wurden in der Berichtwoche 270428 Mk. ausbezahlt.

Eine Jugendkonferenz für die Metallindustrie

Anschließend an den Verbandstag findet am **Sonntag den 18. September 1921 in Jena** eine

Jugendkonferenz

der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht über die bisherige Jugendarbeit im Verband.
2. Die organisatorische Zusammenfassung der Jugendlichen.
3. Die Lehrlingsverhältnisse in Industrie und Handwerk.
4. Gesetzgebung und Jugend.
5. Unsre Bildungsarbeit.

Auf Kosten der Verbandshauptkasse sollen 50 Delegierte an der Konferenz teilnehmen, die aus den 48 Verwaltungstellen mit höchster Jugendlichenmitgliederzahl zu delegieren sind. Diese Verwaltungstellen sind bereits vom Vorstand unterrichtet und mit dem Mandatsformular versehen worden. Verwaltungstellen, welche auf Kosten der Lokalkasse einen Delegierten entsenden wollen, müssen diesem ein mit dem Stempel und der Unterschrift der Ortsverwaltung versehenes Mandat ausstellen und aushändigen. Dem Vorstand sind die Namen aller Delegierten sofort nach der Wahl mitzuteilen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 4. Sept. ist der **37.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **4.** bis **10. September 1921** fällig.

Den Verwaltungen und Funktionären zur Beachtung, daß in der Zeit vom 9. bis 18. September der Gesamtvorstand von Stuttgart ortsabwesend ist. Trotzdem sind alle Zuschriften an den Vorstand nach Stuttgart zu adressieren.

Bei äußerst dringenden Angelegenheiten ist der Vorstand in Jena telefonisch unter Nr. 1430—1434 zu erreichen.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: **Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röteſtraße 16 A,** zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind. Zuschriften in anderen Angelegenheiten sind **mit der Aufschrift „Persönlich"** zu versehen.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abf. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I wöchentlich Pfennig	II	III	Beginn der Beitragserhöhung
Schöningen	80	—	—	38. Beitragswoche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Münster i. W.:**

Der ? Bernhard Haveresch, geb. am 12. Dezember 1901 zu Essen, eingetreten am 5. Dezember 1920 zu Münster, Mitgliedschaftsausweis Nr. 331457, wegen Nichtabrechnen mit Beiträgen und Mitgliedsbüchern.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Elektromonteuren** nach Würzburg (Brown, Boveri & Co.) L.;
von **Feilenschleifern** nach Bochum (Mummenhoff & Stegemann) D.;
von **Formern und Gießereiarbeitern** nach Stargard i. Pommern (Gebr. Elsner) St.;
von **Gold- und Silberarbeitern** nach Düsseldorf (Vereinigte Silberwarenfabrik) St.; nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.;
von **Metallarbeitern aller Branchen** nach Chemnitz (Elektrizitäts-A.-G. vorm. H. Pöge) St.; nach Conz bei Trier (Hubert Zettelmeyer, Maschinenfabrik) D.; nach Einsiedel b. Chemnitz (Fa. Ernst Bößneck) D.; nach Elbing (Fa. Schichau) A.; nach Finnland; nach Landau i. Pfalz (Landauer Maschinen- und Bohrgerätefabrik) M. und (Landwirtschaftliche Trockenwerke) D.; nach Luxemburg L.; nach Niederlahnstein (Maschinenfabrik Paul Hahn) D.; nach Saarbrücken Str.; nach Stargard i. Pomm. St.; nach Zschoppau bei Chemnitz (Motorenfabrik J. Rasmussen) D.;
von **Walzwerkarbeitern** nach Krefeld (Stahlwerk Becker) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, [illegible]

Berichte

Graveure und Ziseleure.

Am 15. und 16. August fanden in Berlin die Verhandlungen unserer Tarifkommission mit der Kommission des Deutschen Graveur- und Ziseleurbundes statt. Als Verhandlungsgrundlage war unserseits der Schiedsspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses vom 4. April d. J., der uns eine 20prozentige Lohnerhöhung ab 1. April d. J. zusprach, gefordert worden. Bemerken müssen wir, daß das Reichsarbeitsministerium unsern Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des bekannten Schiedsspruches abgelehnt hat. Die Meistervertretung sträubte sich mit allen Verhandlungsfinessen gegen die Erfüllung unserer Forderung. Nach längeren Verhandlungen gelang es endlich, folgende Vereinbarung zu treffen:

„Die Tarifkommission des Deutschen Graveur- und Ziseleurbundes E. V. und die Tarifkommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter (H.-D.) haben am heutigen Tage folgende Vereinbarungen beschlossen: Die Zulagen erhalten die im Betrieb zurzeit beschäftigten Arbeiter auf ihren bisherigen eingeschriebenen Stundenlohn, gleichgültig, ob es sich um Stundenlohn- oder Stücklohnarbeiter handelt. Hierauf dürfen nur diejenigen Beträge angerechnet werden, welche in den letzten Tagen und Wochen mit Rücksicht auf die verlangten Verhandlungen von den Arbeitgebern bewilligt worden sind, wenn ausdrücklich dabei vom Arbeitgeber bestimmt worden war, daß diese Erhöhung auf die zu erwartende tarifliche Lohnregelung angerechnet wird. Die Lohnerhöhung beträgt:

im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit . 0,60 M pro Stunde
bis zum 24. Jahre . . . . 0,80 " " "
über 24 Jahre . . . . 1,— " " "

und tritt mit dieser laufenden Lohnwoche in Kraft, das besagt die Woche, in die der 15. August fällt.

Beide Tarifkommissionen verpflichten sich, am 17. Oktober 1921 erneut in Verhandlungen zu treten. Die Vertreter des Deutschen Graveur- und Ziseleurbundes nehmen hiermit die ausgesprochene Kündigung des Reichstarifs auf 1. Oktober 1921 zurück.

Berlin, den 16. August 1921. (Folgen Unterschriften.)"

Die Lohntabelle hat ab 1. Dezember 1920 und ab 12. August 1921 folgendes Bild:

	Grundlohn vom 1.12.20 M	Städtezuschlag nach Einwohnerzahl: bis zu 150000 = 45% ab 1.12.20 M	ab 12.8.21 M	bis zu 300000 = 50% ab 1.12.20 M	ab 12.8.21 M	bis zu 500000 = 55% ab 1.12.20 M	ab 12.8.21 M	darüber hinaus = 70% ab 1.12.20 M	ab 12.8.21 M
Graveure und Ziseleure:									
im 1. Jahr nach d. Auslernen	2,40	3,48	4,08	3,60	4,20	3,72	4,32	4,08	4,68
bis z. 24. Jahre	3,—	4,35	5,15	4,50	5,30	4,65	5,45	5,10	5,90
über 24 Jahre	3,54	5,13	6,13	5,31	6,31	5,48	6,48	6,02	7,02
Hilfsarbeiter									
über 18 Jahre	2,04	2,96	3,56	3,06	3,66	3,16	3,76	3,48	4,08
" 21 "	2,40	3,48	4,28	3,60	4,40	3,72	4,52	4,08	4,88
" 24 "	3,12	4,52	5,52	4,68	5,68	4,83	5,83	5,30	6,30

Hierzu gelten die Erläuterungen vom 28. Juni 1920, wo es zu Punkt 5: Lohnberechnungen, Absatz b, lautet: „Die im Tarif festgelegten Lohnsätze sind nicht als Maximalsätze zu betrachten. Gehilfen, welche durch ihre Befähigung über das normale Maß hinaus Leistungen vollbringen, sollen durch gegenseitige Vereinbarung mit Betriebsrat, Obmann oder Vertrauensmann höhere Sätze erhalten." Wir bemerken ausdrücklich, daß die Lohnerhöhung von 60 bis 80 ₰ und 1 M auf alle Löhne erfolgt, gleichviel ob der Arbeiter nach dem Tarif, also dem Minimalsatz, oder über den Tarifsatz entlohnt wurde.

In Rücksicht auf die noch im Anschwellen befindliche Teuerungswelle sollen am 17. Oktober d. J. erneut Verhandlungen mit der Meistervertretung stattfinden. Wir ersuchen die Kollegen an allen Orten, die Tariflöhne zur Geltung zu bringen und die Tarifkommission mit Material für die kommenden Tarifverhandlungen zu unterstützen.

Metallarbeiter.

Arnstadt. Der Streik in dem Ley-Werk dauert bereits drei Wochen. Ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Firma sucht die Arbeiter dadurch zu verblüffen, daß sie die gesamte Belegschaft aussperrt. Sie scheint jetzt selbst einzusehen, daß dies ein Schlag ins Wasser war. Die Arbeiterschaft blieb fest im Kampf, kein Kollege ließ sich verleiten, die Arbeit zu den Bedingungen der Firma aufzunehmen. Der Kampf, den die Kollegen dieser Firma führen, geht nicht um ein paar Pfennige Lohn, sondern um die Anerkennung der Arbeitervertretung, des Vorsitzenden des Arbeiterrates. Der Arbeiterrat in diesem Betriebe hatte keine leichte Aufgabe, denn dauernd war die Direktion bestrebt, der Vertretung das Leben schwer zu machen. Seit 1½ Jahren — der Ära des famosen Syndikus — versucht man nach vorrevolutionärem Muster die Arbeiter zu knechten, was durch die Tätigkeit des Arbeiterrates nicht gelang. Aus diesem Grunde richtete die Firma ihr ganzes Augenmerk darauf, einen Grund zu finden, um die Vertreter der Arbeiterschaft unschädlich zu machen. Sie entließ den Vorsitzenden des Arbeiterrates, weil der Arbeiterrat mit der verlängerten Arbeitszeit, wie sie die Firma einzuführen gedachte, nicht einverstanden war und die Belegschaft über die ungesetzliche Handlungsweise der Firma aufklärte. Dieser Gewaltakt ist das Prinzip des gesamten Unternehmertums und wird dementsprechend von ihnen finanziell unterstützt. Aber auch für die gesamte Arbeiterschaft ist dieser Kampf von weittragender Bedeutung. Unterliegen die Arbeiter in diesem Kampfe, so werden dem Beispiele von Ley auch andere Scharfmacher folgen und der Wunsch der Unternehmer, das ohnehin mangelhafte Betriebsrätegesetz vollständig auszuschalten, wäre dann in Erfüllung gegangen. Arbeiter, Kollegen, das darf es nicht geben! Die Arbeiterschaft der Ley-Werke in Arnstadt steht fest. Es gibt für sie kein Zurück in diesem Kampfe, sie wird ausharren bis zu einem endgültigen Erfolg. **Kollegen, übt Solidarität!** Zuzug ist unbedingt fernzuhalten.

Jonsheim. Ein „**sozial denkender**" **Unternehmer.** In der Bauschlosserei Sitzmann, die heute neben 5 Lehrlingen nur zwei Gesellen im Alter von 18 und 21 Jahren beschäftigt, erhält der 21jährige Geselle einen Stundenlohn von 1,90 M und der 18jährige Geselle nur 1 M. Trotz wiederholten Vorstelligwerdens des Bevollmächtigten unseres Verbandes konnte sich die Firma nicht bereit erklären, diesen Kollegen eine Zulage zu gewähren, viel weniger die eingeführten Tariflöhne zu zahlen. Sitzmann erklärte, für ihn gäbe es keinen Tarif. Dieser arme Unternehmer will eben zusehen, wie seine Arbeiter am Schraubstock langsam verhungern. Anders ist es bei Kriminellen, dort weiß er ganz gut, wie diese entgolten sind. Jetzt jetzt, daß dieselben gegenüber den tarifmäßigen Meistern nie zurückstehen. Nachdem nun die Kollegen auf Grund der letzten Unterhandlung die Arbeit niedergelegt und sich anderweitig Beschäftigung gesucht haben, wo sie nach dem Tarif entlohnt werden, braucht dieser „sozial denkende" Mann wieder einige Gesellen. Kollegen, hütet euch vor solchen Unternehmern, erkundigt euch zuvor bei der Verwaltung, wie die Verhältnisse liegen, damit ihr vor Schaden bewahrt bleibt.

Siegburg. **Schon wieder 25000 Mark Beruhigungsgelder für einen nicht christlich organisierten Arbeiter.** Der Schlosser K. wurde im Februar d. J. von der Firma W. in Troisdorf ohne Kündigung entlassen, weil er während der Mittagspause im Auftrag des damaligen Arbeiterausschusses im Betriebe abstimmen ließ, ob die Kollegen am folgenden Sonntag eine Reparatur zum tariflichen [illegible] Zuschlag ausführen oder ob sie auf ihrer gestellten Forderung von 100 Prozent bestehen bleiben wollten. Gegen diese Entlassung wurde der Schlichtungsausschuß angerufen und da die Firma einen wichtigen Grund zur sofortigen Entlassung geltend machte, vertagte der Schlichtungsausschuß die Sache, bis durch das Amtsgericht festgestellt wurde, ob wirklich ein Grund nach § 123 der G.O. zur sofortigen Entlassung vorlag. Das Amtsgericht entschied zugunsten des Schlossers. Die Firma legte gegen dieses Urteil beim Landgericht in Bonn Berufung ein. Auch das Landgericht erkannte, daß kein Grund zur sofortigen Entlassung vorlag. Unterdessen sind mehr als 16 Monate verstrichen, wovon der Schlosser die meiste Zeit arbeitslos war. Trotzdem durch diese Urteile die Firma unterlegen war, verweigerte sie dennoch die Weiterbeschäftigung des K., welcher nunmehr erneut den Schlichtungsausschuß anrief. Die Firma erklärte schriftlich, daß sie den K. nicht weiterbeschäftigen wolle, sie sei aber bereit, dem K. seit seiner Entlassung den entgangenen Arbeitsverdienst und außerdem noch eine angemessene Entschädigung zu bezahlen. Im Termin kam dann ein Vergleich zustande, wonach die Firma dem Schlosser eine Abfindungssumme von 25 000 M zu bezahlen hat. Ob das die Zentrumspresse und den Christlichen Metallarbeiterverband auch wieder, wie bei dem Fall in Wetzlar, in Harnisch bringen und einen Verleumdungsfeldzug gegen den roten Metallarbeiter-Verband zur Folge haben wird? Wir wollen sehen.

Rundschau

Wirtschaftsschulen.

Die Frage der Wirtschaftsschulen wurde im Ausschuß zur Heranbildung wirtschaftlicher Kräfte im Reichswirtschaftsrat behandelt. Es wurde über die Wirtschaftsschulen selber, über die Weiterbildung der Betriebsräte und die Forderung nach Betriebslehrkursen für Gewerkschaften verhandelt. Der Ausschuß faßte einstimmig eine Entschließung, daß vom Reich genügend Mittel für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden müssen und daß diese nicht von den Beteiligten selber aufzubringen seien.

Arbeiter als Schöffen und Geschworene.

An die einzelnen Gliedstaaten ist vom Reichsjustizminister die Aufforderung ergangen, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiterschaft jetzt, nachdem die Entschädigungssätze für Schöffen und Geschworene wesentlich erhöht worden sind, mehr als bisher an der Laienjustiz beteiligt werden solle. Es bleibt abzuwarten, ob die Aufforderung Beachtung findet. Und wenn sie auch Beachtung finden sollte, solange das Richtertum selber noch aus Klassen besteht, die mit dem Volke nicht zu fühlen imstande sind, solange werden dennoch diese bekannten Urteile bleiben.

Armenfürsorge und Arbeitsunlust.

Je weniger das Herrentum selber positiv schafft, um so mehr sind ihm die meisten Arbeitslosen nichts als Arbeitsscheue. Untersuchungen, die die Armenkrankenfürsorge angestellt hat, haben nun aber ergeben, daß die Ursachen dafür, daß die Armenkranken der Fürsorge zur „Last" fallen, nur in ganz wenigen Fällen Arbeitsscheu ist. Bis auf wenige Fälle, in denen die Ursache nicht festgestellt werden konnte, war die Ursache fast immer Krankheit, Tod des Ernährers, Altersschwäche, Gebrechen, Unfälle, große Kinderzahl und wirkliche Arbeitslosigkeit, und nur in verschwindend wenigen Fällen war die Ursache Arbeitsscheu. Doch, ob jene Egoisten das hören oder nicht, sie bleiben doch bei ihrer alten geistlosen Behauptung, weil diese ihnen besser in ihre selbstsüchtige Interessenwelt hineinpaßt.

Die Kinderarbeit.

In Verfolg des Washingtoner Übereinkommens ist im englischen Unterhause ein Entwurf eingebracht, der ein Verbot der gewerblichen Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahre vorsieht. In Deutschland sind wir leider noch nicht so weit, denn bei uns ist das Mindestalter für die Beschäftigung in Fabriken zum Beispiel auf 13 Jahre festgesetzt. Ja, in den übrigen gewerblichen Betrieben dürfen Kinder von 12 Jahren ab in beschränktem Maße arbeiten. Wieviel Elend diese Bestimmungen in die proletarische Gesundheit getragen haben, ist nicht bekannt, da eine Kinderarbeitsstatistik nicht existiert. Die Reichsstatistik gliedert nur die hauptberufliche Beschäftigung nach Altersklassen und sie sieht nur die schulentlassenen Kinder als hauptberuflich an. Das ist bedauerlich. Da die gegenwärtige wirtschaftliche Lage die Kinderarbeit dauernd wachsen läßt, ist eine recht baldige Änderung der Kinderschutzbestimmungen im Sinne des Washingtoner Übereinkommens auch für Deutschland dringend erforderlich.

Ein gutes Beginnen.

Auf dem ersten Volkshaustag, der letzthin in Berlin tagte, wurde auch die Frage der Alkoholfreiheit der Volkshäuser berührt. In seiner Begrüßungsansprache wies der Direktor des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus, Professor J. Gonser, nachdrücklichst darauf hin, daß mit allen Mitteln die Alkoholfreiheit der Volkshäuser und Jugendheime angestrebt werden muß. Wenn der „Deutsche Volkshausbund" die Errichtung von Volkshäusern und Jugendheimen erstrebt, um unsere seelische und körperliche Bildung zu fördern, unser öffentliches Leben zu durchgeistigen und **unsere Geselligkeit zu verinnerlichen und zu veredeln**, so kann dies Ziel leichter und sicherer verwirklicht werden, wenn die im Volkshause stattfindenden Veranstaltungen alkoholfrei sind. Nicht wenige Volkshäuser stehen diesem Ideal noch fern. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich mancherlei Beziehungen zwischen den Volkshausbestrebungen und den Aufgaben der alkoholgegnerischen Vereine. Beide sollten Schulter an Schulter den Kampf für bessere Anschauungen und Sitten auch auf diesem Gebiete führen.

Vom Ausland

Arbeitsannahme in Italien.

Vom Vorstand des italienischen Metallarbeiterverbandes werden wir gebeten, den deutschen Metallarbeitern mitzuteilen, daß zurzeit **die Arbeitslosigkeit in Italien** sehr groß ist und deshalb Anfragen wegen Beschaffung von Arbeit zwecklos sind. Nur wenn direkte Offerten für ganz besondere Arbeiten von italienischen Firmen an deutsche Arbeiter vorliegen, ist der italienische Metallarbeiterverband bereit, Auskunft über die Firmen zu geben. Andere Schreiben beantwortet er nicht mehr. Sie sind deshalb zu unterlassen.

Frankreich.

In den Texten des Friedensvertrages von Versailles, der nicht von wirtschaftlichen Forderungen handelt, wird mit wohlfeiler Feierlichkeit von der Sicherung des Friedens geredet. Wie ernst diese schönen Worte von den vertragschließenden bürgerlichen Regierungen genommen werden, bezeugt ein Gesetzentwurf der **französischen Regierung** zum Schutze des unbeschränkten Militarismus.

Dieser Gesetzentwurf ist die Antwort der Generale auf den spontan ausbrechenden Unwillen und die Meutereien gegen die Einziehung der Jahresklasse 1919. Der Entwurf verbietet alle antimilitaristische Propaganda, „gleichgültig in welcher Form oder durch welche Mittel," durch die Angehörigen des Heeres und der Marine, Aktive und Reservisten, zu pflichtwidrigen Handlungen oder zum Ungehorsam gegen ihre Offiziere veranlaßt werden können. Drei Dinge werden als Allerheiligstes der bürgerlichen Ordnung besonders erwähnt: Die Einberufung zur Armee, der Schutz der Gesetze und der militärischen Verordnungen und die Verteidigung der republikanischen Verfassung.

Schon die ersten Paragraphen des Gesetzes geben dem Begriff Heeresangehörige eine Weite, daß darunter alle Wehrfähigen zu verstehen sind, vom jüngsten Rekruten bis zum ältesten Landwehrmann.

Sie nehmen daher einem großen Teil der Zivilbevölkerung das Recht, sich über den Militarismus aufzuklären. Aber damit nicht genug, keiner soll mehr darauf hinweisen dürfen, daß der Militarismus die Knute des Kapitals in bürgerlichen Demokratien ist; keiner darf sich erkühnen, zu behaupten, daß Heeresausgaben im Frieden und erst recht im Kriege nur die Steuern erhöhen und die private Rüstungsindustrie bereichern, daß stehende Heere nur Machtmittel des weißen oder roten Imperialismus und Garantien künftiger Kriege sind. Durch alle Gedanken, die gegen den Militarismus in Wort und [...] geäußert werden, kann der Geist des Widerstandes bei den S[...] gestärkt werden. Darum verbietet der Entwurf **alle Prop[...]** gegen den Militarismus in **allen** Kreisen des Volkes, denn [...] der Sinn der Bestimmung, die die Propaganda durch dritte P[...] verbietet. Die öffentliche Meinung steht zur freien Verfügu[...] Generale.

Die bürgerlichen Parteien werden vermutlich dieses Ges[...] nehmen. Aber die französische Arbeiterschaft hat ihre eigen[...] danken über den Weg zum Frieden und zum wahren Völk[...] Der Kampf gegen den Militarismus ist eines der großen Zi[...] Gewerkschaften in allen Ländern. Der **französische Ge[...]schaftsbund** hat daher schärfsten Protest angekündigt; di[...] militaristische Propaganda gehöre zu seinen Grundsätzen und er [...] sie nicht aufgeben. Überall haben die Ortsgruppen dieser entsch[...] Haltung zugestimmt. Die französische sozialistische Jugend hat [...] einem flammenden Manifest den älteren Kameraden angesch[...] Wenn der Entwurf Gesetz wird, wird die Propaganda gege[...] Militarismus nicht geringer werden: sie wird nur im Nam[...] Rechtes gegen das Gesetz geführt werden.

Der Militarismus ist der gemeinsame Feind aller Arbeiter, [...] Deutsche, Franzosen oder Engländer sind; er ist die Waffe [...] starkenden Reaktion in den Ländern der Sieger wie der Be[...] Siegreicher Militarismus in Frankreich ist eine Herausforderun[...] frische Nahrung für den verborgenen und unterdrückten Militar[...] in Deutschland und den anderen Ländern Europas. Der Völk[...] theoretisiert über Entwaffnung, während nichts geschieht, die po[...] Atmosphäre von Konfliktstoffen zu reinigen. Mehr als je müss[...] Arbeiter nur ihrer eigenen Kraft vertrauen. Auf dem **Kon[...] in London** haben die Gewerkschaften beschlossen, **den [...]tarismus in jeder Form zu bekämpfen.** Der [...] gegen die Reaktion kann jedoch nur durch Massenaktionen [...] werden, die nicht denkbar sind ohne bewußtes Solidaritätsgef[...] Arbeiter aller Länder. Der Internationale Transportarbeiterve[...] hat sich auf seinem letzten Kongreß in demselben Geist entschiede[...] eine erhebliche Summe für diesen Kampf bewilligt. Die Gewerksc[...] haben die Macht zu handeln und müssen handeln. An dieser [...] darf es keine Parteiunterschiede geben. Die Uneinigkeit des [...]tariats ist die Bresche, die der Militarismus zu seinem Siege be[...] will. Die Landeszentralen haben jetzt kaum eine ernstere Au[...] als dieser Gefahr Herr zu werden. Der kürzeste Weg zu diesem [...] sind Erfolge über den Feind. Nur wenn in den verschiedenen Lä[...] die Gewerkschaften im Kampf für den Frieden unerbittlich ein[...] werden, sichern sie die errungenen Freiheiten, legen den Grun[...] wirtschaftlichen Demokratie und sind Wegbereiter eines wirk[...] Bundes der Völker. Nur dann kann der Internationale Gewerksc[...] bund den Weltfrieden gegen jeden internationalen Trust bürger[...] Regierungen und kapitalistischer Interessenten behaupten.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende [...] sich nicht an uns, sondern nur **an den bei jedem W[...] angegebenen Verlag** oder an eine Buchhandlung.)

Dr. R. Kuczynski: **Ein Ausweg: Gesundung der Wirtschaft [...] Gesundung der Reichsfinanzen.** Ein Referat des bekannten Statist[...] welches von ihm in einer Sitzung der **Sozialisierungsk[...]mission** über das Problem der Reichsfinanzen erstattet w[...] Zum Studium der Materie sei die Schrift bestens empfohlen. [...]lag: **Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15.**

Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Ruß[...] 1917—1920. Von J. Larin und L. Kritzmann. Preis 15 M, geb. 2[...] auf holzfreiem Papier geb. 30 M. — **Die Agrarfrage in Rußland [...] Ende des 19. Jahrhunderts.** Von Wl. Uljanoff (Lenin). Preis 7 [...] geb. 11 M. **Verlag A. Seehof & Co., Berlin C. 54.**

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift. Redakt[...] Friedrich Adler-Wien. Preis des Heftes 9 Kr. (c 3 Kr., 3 M). Abo[...]mentsbestellungen an die Verwaltung des „Kampf", Wien [...] Gumpendorferstraße 18.

Der Völkerbund als Wirtschafts- und Arbeitsgemeinschaft. [...] gehalten auf dem 9. deutschen Pazifistenkongreß von Harry [...] v. Keßler. **Verlag „Friede durch Recht", Stuttga[...]** Werfmershalde 18.

Gewindeschneiden. Einfachste, gründliche Einführung: Teilapp[...] und automatische Teilung. Von J. Keppler, Gewerbeschulrat, Vorst[...] der Gewerbeschule Kirchheim-Teck. Preis 4 M. Bei Mehrbezug Pr[...]ermäßigung. **Selbstverlag J. Keppler,** Gewerbeschul[...] **Kirchheim-Teck,** Württemberg.

Die heutige Metalltechnik. Von Gg. Th. Stier d. Ae. E[...] Band: Die Arbeitswerkzeuge des Metallarbeiters, ihre Art, zweckmä[...] Konstruktion, sachgemäße Herstellung, Instandhaltung und Verwaltu[...] Mit 412 Abbildungen (Bibl. Technik, Bd. 251). **Leipzig 19[...] Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.** Preis 24,75 [...] In dem in etwa zehn Bänden erscheinenden Werk hat der in Fachkrei[...] aufs beste bekannte Verfasser die Erfahrungen einer langjähri[...] arbeitsreichen Praxis niedergelegt und der Umstand, daß von [...] ersten Band schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit eine neue A[...]lage erscheinen kann, ist die beste Empfehlung für das Werk.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Bochum. Der Heizer **Hans Koch**, geb. am 25. April 1900 zu Riemke, eingetreten am 12. Januar 1920 zu Bochum, Mitgliedschaftsausweis Nr. 554607, wird gebeten, seine Adresse der hiesigen Verwaltungsstelle mitzuteilen, da derselbe in einem Feststellungsverfahren als Zeuge vernommen werden soll.

Leipzig. (**Feilenhauer.**) In letzter Zeit haben wir mehrmals feststellen müssen, daß von auswärts hier Feilenhauer in Arbeit getreten sind, ohne den vorgeschriebenen bestehenden Nachweis zu benützen. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Umschauverbot wie bisher in Leipzig für Feilenhauer weiter [...] steht und wir gegen die Kolleg[...] die ohne Benützung des Arbe[...] nachweises in Arbeit treten, [...] den schärfsten Mitteln vorge[...] werden. Branchenleitung d. Feile[...]

Rudolstadt (Thür.). Zum Bev[...] mächtigten wurde Kollege Pa[...] **Gralla**, an der Pörze Nr. 4, [...] wählt. Alle Sendungen sind [...] diese Adresse zu richten. — V[...] sammlungen finden jeden Freit[...] nach dem 15. des Monats aben[...] 8 Uhr im „Weißen Roß" statt.

Stuttgart. Der Dreher **Karl Fried[...]rich Wilhelm Liborius** wi[...] um Angabe seiner Adresse gebet[...] (Familienangelegenheit). **Haup[...]vorstand**, Stuttgart, Röteſtr. 1[...] Abt. Kümmerle.

Sonstige Anzeigen

Zuschriften betr. die Arbeitergesuche sind niemals an die Redaktion, sondern a[...] die inserierende Firma selbst, bei Chiffreinseraten stets nur an den Verlag d[...] Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Former, einige tüchtige, unverheiratete, für die Herstellung von **Kanalisationsgu[...]** gesucht. Wohnung und Verpflegung im neuerrichteten Ledigenheim de[...] Werkes. **Ludwigshütte, A.-G., Sterkrade (Rheinld.).**

Graveurgehilfen, mehrere wirklich tüchtige, für gutbezahlt[...] Posten zum sofortigen Eintritt in dauernd[...] Stellung gesucht. Bewerber müssen speziell in der Anfertigung besser[...] Stahlstempel firm sein. Angebote mit Probeabdrücken selbstgefertigt[...] Arbeiten an **Robert Fritz, Stempelfabrik, Suhl i. Thür.**

Kernmacher, ledig, f. mittlere Arbeit stellt ein. (Angabe d. Alters erwünscht.) **Eisenwerk Jessen, G. m. b. H., Jessen** (Bez. Halle).

Maschinen-Feilenhauer, 1 tüchtiger, solider, lediger, auf Fleron[...] Nr. 3 und Nr. 0 sofort für dauernd gesucht. **Wlw. Lauterbach, Oldenburg i. Old.,** Ziegelhofstr. 83.

1 tücht. Schleifer u. Maschinenhauer auf Fleron- oder Frowein[...] Maschinen für dauernd ge[...] **Jul. Buchholz Söhne**, Feilenfabrik, **Kiel**, Hamburger Chaussee 84.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verla[...] Stuttgart, Rötestraße 16 B.